

Zwischenausschuß

Sitzung am Mittwoch, dem 10. Oktober 1990, 11.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	1, 35
Alterspräsident Dr. Pollwein	1
Zur Geschäftsordnung	
Wahl des Vorsitzenden	
Bäumer (DIE GRÜNEN)	2
Hiersemann (SPD)	2
Glück Alois (CSU)	3
Beschluß	3
Wahl der beiden Stellvertreter	
Glück Alois (CSU)	3
Dr. Merkl (CSU)	3
Hiersemann (SPD)	3
Dr. Klasen (SPD)	3
Beschluß	3
Bericht der Staatsregierung betr. Waffen- exporte der Firma MBB, insbesondere an den Irak	
Staatsminister Tandler	3, 15, 23, 30, 32
Frau Staatsministerin	
Dr. Berghofer-Weichner	9
Hiersemann (SPD)	11, 12, 13
Bäumer (DIE GRÜNEN)	15, 16, 17, 31
Glück Alois (CSU)	18, 19, 20, 24
Kamm (DIE GRÜNEN)	25, 30
Dr. Frank (CSU)	27, 28
Müller Karl-Heinz (SPD)	28

Dringlichkeitsantrag der Abg. Hiersemann, Straßer und der übrigen Mitglieder der SPD im Zwischenausschuß betr. **Erhalt des gefährdeten MBB-Standorts Donauwörth in seiner bisherigen Struktur** (Z 11/1)

Dringlichkeitsantrag der Abg. Alois Glück, Diethel, Dr. Merkl, Dr. Frank, Dr. Martin Mayer, Regensburger und der Gruppe der Mitglieder der CSU im Zwischenausschuß betr. **Erhaltung der Arbeitsplätze im MBB-Betrieb Donauwörth** (Z 11/2)

Dringlichkeitsantrag der Abg. Bäumer, Memmel, Kamm, DIE GRÜNEN betr. Waffenexporte des Rüstungskonzerns Messerschmidt-Bölkow-Blohm in Spannungsgebiete (Z 11/3)	
Strehle (CSU)	32
Müller Karl-Heinz (SPD)	33
Staatsminister Tandler	33
Kamm (DIE GRÜNEN)	33
Glück Alois (CSU)	34
Beschluß	34
Schluß der Sitzung	35

Beginn der Sitzung: 11 Uhr

Alterspräsident Dr. Pollwein: Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie zu der heute einberufenen Sitzung des Zwischenausschusses des Bayerischen Landtags sehr herzlich begrüßen.

Dem parlamentarischen Brauch entsprechend leitet der Alterspräsident bis zur Wahl des Vorsitzenden die erste Sitzung des Zwischenausschusses zusammen mit den beiden jüngsten Mitgliedern dieses Ausschusses.

Ich schlage Ihnen vor, die Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags entsprechend anzuwenden, allerdings mit der Maßgabe, daß die Wahl der Vorsitzenden und der Schriftführer in einfacher Form vorgenommen wird. Ich darf Sie fragen, ob damit Einverständnis besteht. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist so beschlossen.

Ich schlage Ihnen des weiteren vor, daß wir, um nicht allzuviel Zeit zu verlieren, vom Verlesen der Namen der Mitglieder des Zwischenausschusses absehen. Besteht damit Einverständnis? – Auch dies ist beschlossen. Der Namensaufruf unterbleibt.

An der Beschlußfähigkeit des Zwischenausschusses

(Alterspräsident Dr. Pollwein)

besteht sicher kein Zweifel. Oder werden Zweifel angemeldet? – Nein.

Wie Sie wissen, tagt der Bayerische Landtag öffentlich, demzufolge auch der Zwischenausschuß. Hörfunk und Fernsehen haben um Aufnahme genehmigung gebeten. Sie wurde, Ihre Zustimmung voraussetzend, erteilt. – Kein Widerspruch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir kommen zur

Wahl des Vorsitzenden

Gemäß § 9 der Geschäftsordnung stellt die stärkste Fraktion den Vorsitzenden. Dies ist die Fraktion der CSU. Ich bitte die Fraktion der CSU um den Vorschlag eines Kandidaten.

(Abg. Kamm: Wortmeldung zur Geschäftsordnung!)

– Herr Abgeordneter Bäumer!

Bäumer (DIE GRÜNEN): Ich stelle zur Geschäftsordnung den Antrag, von der Regelung des § 9 der Geschäftsordnung abzusehen und im vorliegenden Fall einen Vertreter der Fraktion DIE GRÜNEN zum Vorsitzenden zu wählen.

(Lachen bei der CSU – Zurufe: Lauter! – Abg. Bäumer begibt sich zum Rednerpult)

Meine Damen und Herren, insbesondere von der CSU, denen dieser Vorschlag offensichtlich nur Freude bereitet: Ich begründe den Vorschlag damit, daß es heute darum geht festzustellen, wer an der Vorbereitung von Mord mitbeteiligt ist.

(Widerspruch und Zurufe von der CSU)

Es sollten, wie dies auch in anderen Häusern Brauch und gute parlamentarische Tradition ist, Fraktionen, die irgendwie beteiligt sein könnten, den Vorsitz eines solchen Ausschusses nicht innehaben können.

(Erneuter Widerspruch und zahlreiche Zurufe von der CSU)

Im Aufsichtsrat der hier in Rede stehenden Firma MBB sind immerhin Mitglieder Ihrer Fraktion, die jetzt auf Regierungsbänken sitzen, seit Jahren vertreten. Deshalb sollten Sie, um gar nicht erst den Eindruck entstehen zu lassen, hier solle vielleicht etwas nicht richtig geklärt werden, sagen: Wir nehmen als Vorsitzenden einen Vertreter einer Fraktion, der auf keinen Fall je in diesem Aufsichtsrat mitgewirkt hat. Das ist die Begründung für den Antrag. Ich bitte um Zustimmung.

Alterspräsident Dr. Pollwein: Zur Reihenfolge der Wortmeldungen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Zunächst hat sich Herr Hiersemann gemeldet. Nach der Geschäftsordnung darf ein Redner jeder Fraktion das Wort ergreifen.

Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Hiersemann.

Hiersemann (SPD): Herr Alterspräsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich will das Ganze

jetzt nicht überhöhen, auch noch nicht in der Sache diskutieren. Das werden wir nachher tun.

Aber Sie werden sicher nicht überrascht sein, Herr Kollege Glück, daß ich dem Antrag, daß ein Vertreter der Opposition die Sitzung leiten soll, aus einem ganz einfachen Grund zustimme: Mir geht es nämlich langsam auf den Geist, daß immer CSU-Leute diese Sitzungen leiten.

(Lachen und Zurufe von der CSU – Glocke des Präsidenten)

Alterspräsident Dr. Pollwein: Das Wort hat der Herr Fraktionsvorsitzende Alois Glück.

Glück Alois (CSU): Herr Alterspräsident, meine Damen und Herren! Mit der Einberufung dieser Sitzung wurde der Eindruck erweckt, als sollte ein ernstes Anliegen sachlich erörtert werden. Leider signalisiert schon die erste Wortmeldung, daß nur mit Polemik Wahlkampfschau betrieben werden soll.

(Beifall bei der CSU)

Wer allein aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Fraktion oder einer Partei Unparteilichkeit bezweifelt, stellt das gesamte parlamentarische System einschließlich des Präsidenten des Landtags in Frage.

(Beifall bei der CSU)

Er disqualifiziert sich damit selbst für den parlamentarischen Betrieb und für eine ernsthafte Auseinandersetzung. Deshalb ist der Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Alterspräsident Dr. Pollwein: Damit steht der Antrag zur Abstimmung. Wir fassen ihn als Antrag zur Änderung des § 9 der Geschäftsordnung auf.

(Abg. Kamm: Wir haben noch gar keine Geschäftsordnung, wir konstituieren uns doch gerade! – Gegenruf der Frau Abg. König: Doch, natürlich, die gilt analog!)

– Ich habe eingangs mitgeteilt, daß die Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags entsprechend anzuwenden ist. Dagegen hat sich kein Widerspruch erhoben. Also gilt diese Geschäftsordnung.

Gezielt wird Paragraph 9 angesprochen.

(Abg. Kamm: Haben wir gemacht!)

– Das haben Sie gemacht. Ihr Antrag lautet, abweichend von § 9 vorzugehen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die SPD und DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – Das ist eindeutig die Mehrheit.

(Abg. Diethel: Enthaltungen!)

– Enthaltungen? –

(Abg. Hiersemann: Herr Diethel enthält sich!
– Gegenruf des Abg. Diethel: Da haben mehrere nicht mitgestimmt!)

(Alterspräsident Dr. Pollwein)

Enthaltungen? Ich sehe nichts, weil das Fernsehen vor mir ist.

(Frau Abg. König: Keine Enthaltungen!)

– Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich darf in der Abwicklung der Geschäfte fortfahren und Herrn Fraktionsvorsitzenden Glück das Wort erteilen, um einen Vorschlag für den Vorsitzenden des Zwischenausschusses zu machen.

Glück Alois (CSU): Herr Alterspräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich schlage Ihnen für dieses Amt einen erprobten Parlamentarier vor, nämlich den Kollegen Dr. Paul Wilhelm.

Alterspräsident Dr. Pollwein: Dr. Paul Wilhelm ist vorgeschlagen. Wir haben beschlossen, die Abstimmung in einfacher Form durchzuführen. Wer für Herrn Dr. Wilhelm als Vorsitzenden stimmt, den darf ich bitten, das Handzeichen zu geben. – Ich darf um die Gegenprobe bitten. – Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung des Betroffenen, zwei Gegenstimmen von seiten der GRÜNEN.

Damit ist Herr Dr. Wilhelm zum Vorsitzenden des Zwischenausschusses gewählt. Dazu darf ich Ihnen, Herr Kollege Wilhelm, sehr herzlich gratulieren, und ich darf Sie bitten, den Vorsitz zu übernehmen. Ich danke Ihnen.

(Abg. Dr. Wilhelm übernimmt den Vorsitz –
Unruhe – Abg. Kamm: Bitte schön, Herr
Vorsitzender!)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie um Ruhe bitten, damit wir in unserer Arbeit fortfahren können.

Ich glaube, ich spreche in Ihrem Namen, wenn ich zunächst dem Herrn Kollegen Dr. Heinz Pollwein danke für die souveräne Art, mit der er als amtierender Alterspräsident seine Aufgabe gelöst hat.

(Beifall)

Um die Regularien perfekt zu machen, kommen wir jetzt zunächst zur

Wahl der beiden Stellvertreter

Den ersten Stellvertreter stellt nach d'Hondt die CSU-Fraktion, wenn der Herr Kollege Bäumer nicht wieder anderslautende Anträge stellt. Herr Kollege Alois Glück hat sich gemeldet. Bitte schön!

Glück Alois (CSU): Meine Damen und Herren! Dem parlamentarischen Brauch entsprechend bringt die CSU den Vorschlag für den ersten Stellvertreter. Ich schlage den Kollegen Dr. Gerhard Merkl vor.

(Beifall bei der CSU)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Kollege Dr. Merkl ist vorgeschlagen. Andere Vorschläge sehe ich nicht. Wir können, wie vorhin schon und auch generell beschlos-

sen, die Wahl in einfacher Form vornehmen. Ich frage Sie also: Wer stimmt der Wahl des Kollegen Dr. Gerhard Merkl zu? Ich bitte um ein Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Eine Enthaltung. Damit ist Herr Kollege Dr. Merkl gewählt.

Herr Dr. Merkl, ich nehme an, Sie nehmen die Wahl an.

Dr. Merkl: Ja.

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Ich gratuliere Ihnen und bitte Sie, neben mir Platz zu nehmen.

Dann ist der zweite Stellvertreter zu wählen. Vorschlagsrecht hat die Fraktion der SPD. Herr Kollege Hiersemann, bitte schön!

Hiersemann (SPD): Die SPD schlägt den Kollegen Dr. Klasen vor.

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Herr Kollege Dr. Klasen ist vorgeschlagen. Auch hier wird die Wahl in einfacher Form durchgeführt. Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Sind Sie dafür, daß der Kollege Dr. Klasen stellvertretender Vorsitzender wird? Ich darf Sie bitten, die Hand zu heben. – Danke schön. Gegenstimmen? – Nein. Enthaltungen? – Kollege Klasen hat sich enthalten.

Ich gratuliere Ihnen, Herr Kollege Klasen, und frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

Dr. Klasen: Ja.

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Das tun Sie. Nehmen Sie bitte neben mir Platz. Danke schön.

Meine Damen und Herren! Die Themen sind Ihnen bekannt. Zunächst Anträge und Berichte:

Bericht der Staatsregierung betr. Waffenexporte der Firma MBB, insbesondere an den Irak.

Zu Wort hat sich Herr Finanzminister Gerold Tandler gemeldet. Bitte schön!

Staatsminister Tandler: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit rund zehn Wochen wird die Welt von dem verbrecherischen Überfall des Irak auf Kuwait in Atem gehalten. Mit dem 2. August 1990 ist die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung größeren Ausmaßes leider wiederum Realität geworden.

Der verabscheuungswürdige Angriff des irakischen Staatspräsidenten hat uns alle in einem Augenblick überrascht, in dem viele durch den Offenbarungseid der kommunistischen Systeme in Osteuropa, die Beseitigung der Mauer und die Öffnung der Grenzen sowie das Auseinanderbrechen des Warschauer Paktes eine lange Phase des Friedens erwartet haben. Das Ereignis am Persischen Golf hat die Menschen aus ihren Träumen gerissen. Es hat aber auch ein weiteres Mal bestätigt, wie notwendig gerade auch in Friedenszeiten Wachsamkeit, Verteidigungsbereitschaft und Verteidigungsfähigkeit sind.

(Staatsminister Tandler)

Alle Versuche, der Bayerischen Staatsregierung eine Mitverantwortung für die Vorgänge im Nahen Osten anzulasten, sind infam und empörend.

(Beifall bei der CSU – Abg. Kamm: Aber in der Sache zutreffend!)

Es schadet der Demokratie und den Interessen unseres Landes, einen gesamten Industriezweig in Mißkredit zu bringen.

(Abg. Kamm: Dafür tragen Sie die Verantwortung!)

Hier werden falsche Zusammenhänge hergestellt, die den Außenstehenden irreführen und einen Rufmord an einem Industrieunternehmen darstellen. Wir verurteilen selbstverständlich sämtliche illegalen Waffengeschäfte, die leider auch von deutschen Unternehmen – aber gerade nicht von MBB – betrieben werden.

(Lachen des Abg. Kamm)

Die Frage des Rüstungsexports in Länder außerhalb der NATO hat in den letzten Jahren immer wieder Politik und Öffentlichkeit beschäftigt. Das ist verständlich, denn Waffen und Rüstungsgüter sind keine Exportgüter wie andere Dinge. Ihre Lieferung in das nicht verbündete Ausland wirft häufig schwierige außen- und sicherheitspolitische, aber auch moralische Fragen auf.

Die Bundesrepublik Deutschland hat eines der restriktivsten Außenwirtschaftsrechte überhaupt. Das Kriegswaffenkontrollgesetz mit seinen scharfen Strafbestimmungen macht dies besonders deutlich. Die Einhaltung dieser Bestimmungen muß genau überwacht und Verstöße gegen sie müssen unnach-sichtlich verfolgt werden.

(Abg. Kamm: Geschieht aber nicht!)

Dies ist durch die Bundesregierung stets geschehen,

(Lachen des Abg. Kamm)

ebenso durch die bayerischen Strafverfolgungsbehörden.

(Abg. Kamm: Blind!)

Niemand will den unkontrollierten Waffenexport oder gar die Förderung kriegerischer Auseinandersetzungen. Es ist aber unredlich, so zu tun, als wären wehrtechnische Produkte generell unmoralisch. Vielmehr sind sie in den richtigen Händen ein Garant der Freiheit. Waffen dienen bei uns dem Frieden. Wir brauchen sie zur Kriegsverhinderung und nicht, um einen Krieg zu führen.

(Beifall bei der CSU – Abg. Bäumer: Wovon reden Sie eigentlich?)

Die Veränderungen im Osten und in ihrer Folge die deutsche Wiedervereinigung sind kein Zufall. Sie sind kein Geschenk der Geschichte und auch kein Ergebnis der moralischen Wandlung der politischen Führung im Osten allein. Die historische Entwicklung, die wir erleben, ist vielmehr der Erfolg der Politik der

Stärke und damit auch ein Erfolg der Politik der militärischen Stärke.

(Beifall bei der CSU – Abg. Kamm: Der Bürgerrechtsbewegung, der Friedensbewegung! – Zuruf der Frau Abg. Memmel)

Einen wesentlichen Beitrag zum Scheitern der kommunistischen Regime im wirtschaftlich-militärischen Wettlauf hat die wehrtechnische Industrie des Westens und hat auch die deutsche und die bayerische Industrie geleistet

(Abg. Hiersemann: So ein Schmarren! – Abg. Kamm: Jetzt werden Sie schamlos!)

– auch wenn Sie das natürlich nicht gerne hören, weil Sie diese erfolgreiche Politik der CSU und der CDU heftig bekämpft haben. Ich erinnere nur an den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt mitinitiierten NATO-Doppelbeschluß, dessen Realisierung Helmut Schmidt versprochen, für dessen Verwirklichung aber Bundeskanzler Helmut Kohl gesorgt hat.

(Beifall bei der CSU)

Für mich steht außer Zweifel, daß der Kommunismus die militärische Auseinandersetzung in Europa genauso gewagt hätte, wie er es zum Beispiel in Korea und Afghanistan getan hat, wenn dies die militärische Stärke der NATO nicht als aussichtslos hätte erscheinen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Wir dürfen uns aber auch durch den Ost-West-Abrüstungsprozeß nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß Deutschland, Europa und das Bündnis insgesamt ihre Verteidigungsfähigkeit, wenn auch auf einer anderen qualitativen und quantitativen Stufe, auch in der Zukunft aufrechterhalten müssen. Gerade wenn das vereinte Deutschland neue Aufgaben, zum Beispiel im Rahmen der UNO, zu übernehmen hat, bedeutet das auch, daß wir unseren Soldaten das Gerät zur Verfügung stellen müssen, das ihnen die größte Sicherheit bietet.

(Abg. Kamm: Giftgas und so!)

Wir dürfen uns auch nicht der Illusion hingeben, daß die Sowjetunion in Zukunft auf eine modern gerüstete Armee verzichten wird.

(Abg. Kamm: Sie lenken ab!)

Im Gegenteil: Das Londoner Internationale Institut für Strategische Studien ist in seiner jüngsten Jahresbilanz zu dem Ergebnis gekommen, daß die Verringerung der konventionellen Streitkräfte in Europa in der Sowjetunion ein Berufsheer besonderer Art entstehen lassen wird, das wesentlich kleiner als die jetzige Armee ist, aber durch moderne Ausrüstung mit westlichen Armeen konkurrieren kann. Der Schluß von der wirtschaftlichen Schwäche auf eine militärische Schwäche war und ist bei der Sowjetunion falsch.

(Abg. Kamm: Es geht um das Morden am Persischen Golf! – Gegenrufe von der CSU, u. a.: Hören Sie doch einmal zu!)

(Staatsminister Tandler)

Bei der Entwicklung und Herstellung der für unsere eigene Verteidigung benötigten Waffensysteme bauen wir auf die Zusammenarbeit mit unseren Bündnispartnern.

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Entschuldigen Sie, Herr Staatsminister, aber ich muß doch einmal die freundliche Bitte aussprechen, nicht immer, wenn Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, etwas einfällt, gleich Zurufe loszulassen. Das ist für den Redner doch störend.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN, u. a.: Abg. Kamm: Er hat doch nicht zum Thema gesprochen!)

– So wie ich Herrn Staatsminister Tandler kenne, können Sie sicher sein, daß er Ihnen und uns allen zum Thema ausreichend Auskunft geben wird. Wie er zum Thema hinführt, entscheidet der Minister aber immer noch selbst.

(Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Sie können fortfahren, Herr Minister.

Staatsminister Tandler: Internationale Gemeinschaftsprogramme sind erwünscht und notwendig. Rüstungskoooperation ermöglicht die optimale Nutzung der Ressourcen mit erheblicher Kostenreduzierung und dient dem verstärkten technisch-wissenschaftlichen Austausch der Partnerländer. Gerade bei hochkomplizierten Waffensystemen sind wir auf die Kooperation mit unseren Verbündeten angewiesen. Allein könnten wir diese Systeme weder entwickeln noch herstellen.

Die Waffenexportpraxis der Bundesregierung ist bei weitem restriktiver als die unserer Bündnispartner Frankreich oder Großbritannien. Sie richtet sich nach den „Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vom 28. April 1982“. Diese wurden noch von der sozialliberalen Bundesregierung Schmidt-Genscher erlassen und gelten unverändert fort. Helmut Schmidt hat damals festgestellt, daß „die Diskussion über Rüstungsexporte in der Bundesrepublik nicht mit einem schlechten Gewissen geführt werden muß“. Daran können auch Kriminelle, die gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen, nichts ändern.

Zehn Jahre vorher, bereits im Jahre 1972, hat die damalige sozialliberale Bundesregierung mit Frankreich eine Vereinbarung über die Ausfuhr von gemeinsam entwickeltem oder gefertigtem Rüstungsmaterial an Drittländer beschlossen. Aufgrund dieser Vereinbarung hat die Bundesregierung auf französische Exportvorhaben von gemeinsam entwickelten und gefertigten Rüstungsgütern keinen Einfluß, denn nach dieser Vereinbarung trifft Frankreich seine Exportentscheidungen nach seinen Rechtsvorschriften und politischen Grundsätzen. Somit stehen derartigen Lieferungen auch keine zwingenden Versagungsgründe nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz entgegen.

Dieses Regierungsabkommen hat – wie bereits erwähnt – keine CDU/CSU-geführte Bundesregierung, sondern die Regierung des späteren Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt mit dem Außenminister Scheel und dem Verteidigungsminister Helmut Schmidt 1972 geschlossen.

Auch ich habe große Sorgen angesichts des militärischen Potentials, das der Irak aufgehäuft hat. Man muß aber so ehrlich sein, sich daran zu erinnern, daß die gesamte westliche Welt vor wenigen Jahren die militärische Stärkung des Irak als Gegengewicht zu dem Regime von Ajatollah Khomeini im Iran positiv begleitet hat.

(Abg. Kamm: Ach, das ist doch hanebüchen, die Kurden wurden immer vergast, wenn Sie das nicht wissen!)

Es war nicht die Bundesrepublik, die die Aufrüstung des Irak vorangetrieben hat.

Nach den Politischen Grundsätzen der Bundesregierung vom April 1982 haben beim Rüstungsexport Kooperationsinteressen und die Kooperationsfähigkeit im Bündnis vorrangige Bedeutung. Für den MBB-Aufsichtsrat bedeutet dies, daß sich für Exporte auf der Grundlage der genannten Vereinbarungen die Frage nach deren Zulässigkeit überhaupt nicht stellen kann. Hochtechnische Geräte, auch der Airbus, auch der Tornado oder der Jäger 90, können heute nur noch durch internationale Zusammenarbeit bewältigt werden. Die Bundesrepublik würde sich von den führenden Industrienationen abkoppeln, wenn sie sich bei solchen Projekten zurückziehen sollte.

(Frau Abg. Memmel: Ach Gott!)

Aus einem High-Tech-Exportland würde ein Käuferland und später ein Entwicklungsland.

(Abg. Kamm: Wie Japan, gell?)

Moderne technische Produkte machen eine internationale Arbeitsteilung notwendig. Der Bedarf eines Landes wie der Bundesrepublik reicht nicht aus, um isoliert für die eigene Verteidigung komplexe moderne Waffensysteme zu entwickeln und zu produzieren. Die Kooperation mit unseren Bündnispartnern ist daher unverzichtbar. Unsere westlichen Partner, vor allen Dingen Frankreich und Großbritannien, sind aber zur Kooperation mit uns nur bereit, wenn wir – wie in der Vergangenheit – auch in der Zukunft bereit sind, die getroffenen Exportvereinbarungen zu erfüllen.

(Lachen des Abg. Kamm)

Und auf etwas weiteres will ich Sie aufmerksam machen: Wissen Sie eigentlich, welches Bundesland mit weitem Abstand die relativ größte Abhängigkeit von Rüstungsaufträgen hat? – Es ist das SPD-regierte Bremen!

(Frau Abg. Memmel: Wir leben aber trotzdem in Bayern!)

Nach einer Untersuchung des Landesinstituts „Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung“ erhielt Bremen in den letzten zehn Jahren 4,16mal mehr Bun-

(Staatsminister Tandler)

deswehr- und Alliiertenaufträge, als dem Bremer Anteil am Bruttoinlandsprodukt entsprochen hätte. Von den knapp 300 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land Bremen sind rund drei Prozent direkt von Rüstungsaufträgen abhängig, weitere 1,5 bis drei Prozent indirekt. Das ist die Realität. Der Ausschuß kommt zu dem Ergebnis, daß mit einer bruchartigen Kürzung der Militärausgaben vor allem für Bremen eine dramatische Strukturgefährdung verbunden wäre. Das ist die Realität vor Ort.

Meine Damen und Herren von der Opposition, verunsichern Sie doch nicht mit Ihrem vordergründigen Wahlkampfgetöse die Beschäftigten bei MBB,

(Ach Gott! und weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

die mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Verteidigungsbereitschaft Deutschlands und zur Erhaltung des Friedens und der Freiheit leisten.

(Beifall bei der CSU)

Unser Interesse an der Weiterexistenz dieser Arbeitsplätze ist auch und gerade ein sicherheitspolitisches Interesse. Das Entwicklungs- und Fertigungspotential, das dort vorhanden ist, darf nicht gefährdet werden, weil wir uns auch in diesem Bereich an der Spitze der Technik halten müssen, wenn wir nicht eines Tages hier überrollt werden wollen.

Der Anteil der militärischen Aufträge am Gesamtumsatz von MBB-alt – inklusive Airbus damals – hat sich ohnehin seit dem Jahr 1981 von damals 60 Prozent unter Schwankungen auf 46 Prozent im Jahr 1988 verringert. Die Jahre ab 1989 sind wegen der erfolgten Ausgliederung der Airbus-Produktion nicht mit den vorausgehenden Jahren vergleichbar. Es hat sich jetzt wieder gedreht. Wir waren im Jahr 1989 bei 45 Prozent ziviler Fertigung und 55 Prozent militärischer Fertigung, d. h. existieren letztlich in diesem Ausmaß von Aufträgen der öffentlichen Hand.

Es ist allgemein bekannt, daß bis zum Einstieg von Daimler-Benz Ende 1989 neben Bayern mit damals 24 Prozent auch Hamburg mit damals über 18 Prozent und Bremen mit zuletzt 10 Prozent an MBB beteiligt waren. Bremen ist wie Bayern auch heute noch beteiligt, wenn auch mit reduzierten Quoten. Hamburg war es bis vor wenigen Tagen auch noch unmittelbar. Der Tausch der MBB-Anteile Hamburgs gegen eine Beteiligung an der Deutschen Aerospace ist erst am 20. September registergerichtlich vollzogen worden. Hamburg bleibt aber über die DASA mittelbar an MBB beteiligt.

Dem Aufsichtsrat gehörten seit Anfang der achtziger Jahre ständig zwei Vertreter Hamburgs an, darunter zuletzt Erster Bürgermeister Voscherau, der noch bis vor wenigen Tagen Mitglied war, der Zweite Bürgermeister Pawelczyk und Wirtschaftssenator Lange. Bremen ist seit 1986 durch den Ersten Bürgermeister Wedemeier im Aufsichtsrat vertreten. Die Parteizugehörigkeit der genannten Herren dürfte hinreichend bekannt sein.

Nun aber zu den Pressemeldungen der letzten Wochen zu Waffenexporten von MBB:

Hier wird der Versuch gemacht, Vorgänge, über die zu einem guten Teil im Deutschen Bundestag bereits ausführlich im Mai und Juni dieses Jahres diskutiert worden ist, nochmals aus Wahlkampfgründen wiederzubeleben. In seiner 250. Sitzung am 1. Juni 1990 hat sich der Deutsche Bundestag nach vorausgehenden Beratungen im Wirtschaftsausschuß in aller Ausführlichkeit mit dem Antrag der GRÜNEN befaßt, MBB die Erlaubnis nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz zu entziehen, und schon damals ging es auch um Hubschrauberlieferungen nach dem Irak und um das SAAD-16-Projekt. Bereits in der vorerwähnten Sitzung des Bundestages am 1. Juni 1990, also erst vor vier Monaten, hat der beamtete Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Beckmann festgestellt, daß die durchgeführten Untersuchungen keine Anhaltspunkte für die Unzuverlässigkeit der Firma MBB ergeben haben. Der Bundestag hat mit Mehrheit den Antrag der GRÜNEN abgelehnt, und die SPD-Bundestagsfraktion hat sich bei dieser Gelegenheit der Stimme enthalten.

(Hört, Hört! – und weitere Zurufe von der CSU)

Ergänzend möchte ich in diesem Zusammenhang noch aus einem Brief zitieren, den der Gesamtbetriebsratsvorsitzende und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende von MBB, Herr Alois Schwarz,

(Abg. Kamm: Eine dubiose Figur!)

am 20. September 1990 an die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag gerichtet hat. Herr Alois Schwarz, der übrigens SPD-Mitglied ist und für diese Partei auch schon zum Bayerischen Landtag kandidiert hat, schreibt unter anderem folgendes:

Nachdem ich als SPD-Mitglied der SPD-Fraktion als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von MBB bekannt sein müßte, hätte ich erwartet, daß mich meine Partei, bevor sie mit Vermutungen an die Öffentlichkeit geht, anruft und um Informationen bittet, um sich jetzt nicht dem Vorwurf aussetzen zu müssen, die SPD habe es nicht für nötig befunden, zu recherchieren ...

(Beifall bei der CSU)

Er schreibt weiter:

In meiner langjährigen Kontrolltätigkeit als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von MBB habe ich keinen einzigen Fall erlebt, bei dem ein Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und Außenwirtschaftsgesetz erfolgt ist. Dadurch haben sich bisher alle erhobenen Vorwürfe als haltlos herausgestellt. Um so mehr treffen mich als Gesamtbetriebsratsvorsitzenden und stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden diese falschen Behauptungen öffentlicher Kampagnen gegen MBB, weil dadurch die Belegschaft von MBB verunglimpft und die Arbeitsplätze gefährdet werden.

(Beifall bei der CSU – Abg. Kamm: Wer hat diesen Brief bestellt?)

(Staatsminister Tandler)

Auch ich bestätige Ihnen gerne, wie dies auch alle anderen Aufsichtsratsmitglieder tun werden, daß nie ein Rechtsverstoß festgestellt werden mußte. In meiner Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglied von MBB und zuvor als Vorsitzender dieses Gremiums bin ich ebenso wie mein Vorgänger im Amt Verdächtigungen und Anschuldigungen, die gegen die Exportpraxis von MBB immer wieder erhoben worden sind, stets nachgegangen. Die Geschäftsführung konnte in allen Fällen darlegen, daß sich das Unternehmen an die außenwirtschaftlichen Bestimmungen hält und die politischen Vorgaben der Bundesregierung respektiert.

Wenn aber nun von der Opposition verlangt und erwartet wird, daß die Mitglieder der Staatsregierung hier ihr durch die Aufsichtsrats Tätigkeit erworbenes Wissen über die Rüstungsexportgeschäfte von MBB in aller Breite offenlegen, dann ist dies eine glatte Aufforderung zum Rechtsbruch. Die Mitglieder des Aufsichtsrates unterliegen nach den aktienrechtlichen Vorschriften der Schweigepflicht. Diese bezieht sich auf alle Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Unternehmens. Verboten sind aber auch Auskünfte über den Verlauf von Sitzungen und zum Abstimmungsverhalten, da anderenfalls eine offene Aussprache und Meinungsbildung im Aufsichtsrat nicht möglich wäre. Für die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens wie MBB wäre es höchst fatal, wenn derartige Unternehmensinterna auf dem offenen Markt gehandelt werden könnten.

(Zuruf aus den Reihen der Opposition)

Im übrigen ist die Kontrolle der Einhaltung außenwirtschaftlicher Vorschriften eines Unternehmens weder Sache der Bayerischen Staatsregierung noch des Bayerischen Landtags. Wie Sie wissen, ist hier allein der Bund zuständig. Was die Veröffentlichung von Exporten betrifft, sind der Bundesregierung enge Grenzen gesetzt. Dies hat ebenfalls der beamtete Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Beckmann, in der vorher bereits erwähnten Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. Juni 1990 deutlich gemacht, in der auch der Antrag der GRÜNEN auf unbeschränkte Veröffentlichung der Rüstungsgeschäfte deutscher Unternehmen behandelt worden ist. Die Bundesregierung hat nach seinen Ausführungen Informationsbegehren von Mitgliedern des Bundestages immer, soweit es ihr rechtlich möglich war, befriedigt; aus Rechtsgründen konnten Auskünfte aber oft nur in vertraulicher Sitzung der jeweiligen Ausschüsse gegeben werden. Dem Antrag der GRÜNEN auf unbeschränkte Veröffentlichung wurde eine Absage erteilt unter Hinweis darauf, daß eine so weitgehende Veröffentlichungspraxis in diesen Fällen Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der exportierenden Unternehmen berühren würde.

Die Geschäftsführung von MBB hat sich im übrigen zu den jüngsten Vorwürfen, die für die Opposition Anlaß zur Inszenierung des heutigen Spektakels waren,

(Abg. Franke: Was ist Spektakel? – Abg. Hiersemann: Man müßte fragen, welchen Spektakel der Vorsitzende da sieht!)

ausführlich und öffentlich geäußert. Aber da Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, dies nicht in Ihr Konzept paßt, nehmen Sie derartige Stellungnahmen vorsichtshalber offensichtlich gar nicht zur Kenntnis. Ich bin jedoch gerne bereit, auf der Grundlage der Veröffentlichungen von MBB Ihnen die Situation zu verdeutlichen.

(Abg. Kamm: Wenn die Staatsanwaltschaft nichts tut!)

Zu den Presseberichten über Hubschrauberexporte, die im Zusammenhang mit einem Einbruch in ein Außenlager von MBB in Höhenkirchen bei München am 6. September 1990 durch Vertreter der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ stehen, hat MBB erklärt; ich zitiere:

1. MBB hat seit 1978 Hubschrauber nach Irak verkauft, die für VIP- und Rettungseinsätze,

(Abg. Kamm: Die sind wohl unschuldig!)

– das ist die SAR-Version –

nicht aber für bewaffnete Einsätze ausgelegt sind, und zwar 26 BO 105-Hubschrauber, davon 16 mit VIP-Ausstattung, 10 mit SAR-Ausstattung, sowie 30 BK 117-Hubschrauber, davon 14 mit VIP-Ausstattung und 16 mit SAR-Ausstattung.

(Abg. Kamm: Das wissen wir doch alles, die kommen über die Schweiz!)

Lieferzeitraum war April 1979 bis März 1990. Wie bei Luftfahrtaufträgen üblich, ist MBB durch langfristige Verträge verpflichtet, dem Kunden durch eine regelmäßige Ersatzteilversorgung die Betriebsbereitschaft dieser Hubschrauber zu sichern.

Bei Inkrafttreten des Embargos waren fünf MBB-Mitarbeiter im Irak, die ausschließlich für Wartungsaufgaben an VIP- und SAR-Hubschraubern eingesetzt waren. Sie hatten zu keinem Zeitpunkt Zugang zu Hubschraubern, die für Kampfeinsätze bestimmt waren.

Entsprechend den vom Sicherheitsrat der UNO beschlossenen Wirtschaftssanktionen, den Maßnahmen der EG und der Entscheidung der Bundesregierung vom 6. August 1990 hat MBB sofort alle Handelsbeziehungen mit dem Irak gestoppt.

(Abg. Kamm: Die Geschäfte waren ja gemacht, das ist blutiges Geld!)

Mit Wirkung vom 6. August 1990 sind sämtliche Ersatzteillieferungen in den Irak eingestellt worden. Es ist selbstverständlich, daß MBB das Embargo strikt einhält.

(Abg. Kamm: Wie lange?)

(Staatsminister Tandler)

Die MBB-Hubschraubertechniker warten derzeit auf ihre Ausreise und stehen deshalb mit der deutschen Botschaft in Verbindung.

2. MBB hat auch über Drittländer keine Kampfhubschrauber an den Irak geliefert. Ende der siebziger Jahre hat das spanische Unternehmen CASA jedoch von MBB erworbene Lizenz- und Exportrechte ausgeübt. Neben der Belieferung der spanischen Armee wurde von CASA unter anderem auch ein Vertrag mit dem Irak abgeschlossen und im Rahmen der spanischen Gesetzgebung erfüllt. Diese Hubschrauber vom Typ BO 105 waren nach dem Wissen von MBB mit einer Bewaffnung wie bei der spanischen Armee vorgesehen. An CASA ist MBB mit 3,57 Prozent beteiligt.
3. MBB hat keine Hubschrauber für den Irak mit Bewaffnung ausgerüstet.

Die Mitte der achtziger Jahre erfolgte Ausrüstung von BK 117-Hubschraubern und die Ausstattung der Geräte durch die inzwischen nicht mehr bestehende Firma Denzel in Mühldorf bei Augsburg betraf die Innenausstattung als VIP-Hubschrauber und die Ausstattung der Geräte mit Avionik für Instrumentenflugbedingungen.

MBB lieferte im Jahre 1988 16 der insgesamt 30 BK 117 in Standardversion an seine hundertprozentige Tochtergesellschaft MBB Helicopter Corporation nach Philadelphia/USA. Das Unternehmen übernahm aus Gründen der Auslastung und der Wirtschaftlichkeit – Dollarwechsellkurs – die Ausrüstung zu Rettungshubschraubern; das ist die SAR-Version. Die Fluggeräte wurden mit einer ordnungsgemäßen US-Exportlizenz an den Irak über eine Luftfrachtgesellschaft von Philadelphia aus nach Bagdad ausgeliefert. Bei der Lieferung wurden die einschlägigen Exportbestimmungen beachtet.

Zu den angeblichen Enthüllungen des „Spiegel“ in der Ausgabe 39 dieses Jahres vom 24. September erläuterte MBB folgendes; ich zitiere:

MBB nimmt Hinweise auf veränderte Sachverhalte ernst, allerdings liegen der Geschäftsführung des Unternehmens auch weiterhin keine Nachweise über illegale oder gesetzeswidrige Verfahren im Export von Verteidigungstechnik vor.

(Abg. Kamm: Das glauben Sie alles?)

MBB hat die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit früher erhobenen Vorwürfen über den Export von Verteidigungstechnik uneingeschränkt unterstützt und den Ermittlungsbehörden Zugang zu allen Vorgängen und Unterlagen gegeben. MBB ist darüber hinaus in

einer Innenuntersuchung allen Vorwürfen nachgegangen.

Es wird festgestellt:

1. MBB hat keine neuartige Bombe entwickelt. Das im „Spiegel“-Bericht zitierte „Fuel-Air-Explosive-Project“ befaßte sich mit Gefechtskopfstudien. Studien und Unterlagen, die nicht zur Fertigung geeignet sind, waren nicht genehmigungspflichtig. MBB hat also keine Fertigungsunterlagen an den für Ägypten tätigen Auftraggeber Consen weitergegeben und auch kein fertiges Produkt geliefert. Die Studien wurden 1988 eingestellt.

(Abg. Kamm: Es waren die Konstruktionsunterlagen, das ist der Unterschied!)

2. MBB ist nicht an der Produktion von atomaren, biologischen oder chemischen Waffen beteiligt. Die Berichterstattung der Agenturen ließ durch die redaktionelle Verkürzung in einigen Fällen diesen falschen Eindruck entstehen.
3. Das französische Unternehmen Euromissile ist im Rahmen deutsch-französischer Verträge der autorisierte Hersteller der im Bericht erwähnten Lenk Waffen Roland, Hot und Milan. MBB ist Gesellschafter und Zulieferer. Euromissile hat unter Einhaltung der französischen Gesetzgebung und im Rahmen eines Staatsvertrages zwischen Frankreich und Irak Lenk Waffen exportiert.

Daneben wurde nochmals auf die bereits angesprochenen Hubschraubergeschäfte eingegangen und der Behauptung entgegengetreten, daß MBB einer der wichtigsten Hubschrauberausrüster der irakischen Armee sei; mehrheitlich werden im Irak sowjetische, französische und auch amerikanische Hubschrauber eingesetzt.

Auf Anfragen des „Spiegel“ zur Zusammenarbeit mit der Firma Consen erklärte MBB:

MBB war Auftragnehmer von Consen für die Projekte Condor und FK 120, die von Consen mit Argentinien und Ägypten kontrahiert waren.

Das Projekt Condor wurde aufgrund eines Beschlusses der Geschäftsführung vom Mai 1985 seitens MBB abgebrochen. Übertragungsleistungen wurden im Herbst 1986 endgültig beendet. Nach den Berichten der Financial Times vom 23. März 1990 und vom Handelsblatt vom 11. September 1990 sowie vom „Spiegel“ Nummer 3/90 hat Argentinien endgültig die Einstellung des Projektes bekanntgegeben.

(Abg. Kamm: Das kann man immer sagen!)

Das Projekt FK 120 wurde Anfang 1988 von MBB abgebrochen. Consen hatte mehrere Mitarbeiter von MBB abgeworben. Diese Mitarbeiter sind aus dem Unternehmen ausgeschieden und haben auch weder Rückkehrrechte noch Anweisungen von MBB erhalten. Über ihre derzeitigen Arbeitsplätze liegen MBB keine Erkenntnisse vor.

Soweit die Erklärungen von MBB.

(Staatsminister Tandler)

Ich habe wie alle anderen – ich betone: auch alle anderen – Aufsichtsratsmitglieder keinen Anlaß, diese Erklärungen in Zweifel zu ziehen. Sollten Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, meine Einschätzung nicht teilen, so bitte ich um Mitteilung konkreter Anhaltspunkte für Ihre gegenteilige Auffassung. Sollten Sie aber über keine konkreten Anhaltspunkte verfügen – und davon habe ich bislang nach meinen Kenntnissen auszugehen –, fordere ich Sie auf, unverzüglich Ihre unverantwortlichen Verdächtigungen und Verleumdungen zu unterlassen,

(Beifall bei der CSU)

mit denen Sie dem Ansehen des Unternehmens, des ganzen Industriezweiges, aber auch des Freistaates Bayern, Hamburgs und Bremens großen Schaden zufügen. Dann ist es an der Zeit, sich bei dem Unternehmen und seinen Mitarbeitern zu entschuldigen.

(Lachen bei den GRÜNEN und Zuruf: Und bei den Aufsichtsratsmitgliedern!)

Ich erinnere noch einmal daran, dieses Unternehmen ist Teil unserer Volkswirtschaft, unserer Verteidigungsfähigkeit, unserer Bündnisfähigkeit und unserer Souveränität.

Vor wenigen Tagen haben wir mit der deutschen Vereinigung ein Ereignis erleben dürfen, das wir inständig erhofft,

(Abg. Kamm: Mein Gott, das haben wir schon seit vier Wochen!)

aber noch vor gut einem Jahr in diesem Jahrhundert nicht mehr für möglich gehalten haben. Die Vereinigung unseres Vaterlandes ist uns nicht in den Schoß gefallen. Sie ist vielmehr das Ergebnis einer konsequenten Sicherheitspolitik, die auch dem Frieden gedient, die uns 45 Jahre Frieden, Sicherheit, Freiheit und steigenden Wohlstand im Westen unseres Vaterlandes garantiert hat.

(Beifall bei der CSU – Abg. Kamm: Auf Kosten der Menschen in der Dritten Welt!)

Sie ist das Ergebnis einer Sicherheitspolitik, zu der sich die freien Völker der Atlantischen Allianz vor nunmehr 41 Jahren zusammengeschlossen haben. Ich erinnere Sie bei dieser Gelegenheit auch daran, daß der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dieser Werte- und Verteidigungsgemeinschaft von CDU und CSU damals gegen den erbitterten Widerstand der SPD durchgesetzt werden mußte.

Ziel dieses Bündnisses war und ist es, die Anwendung von militärischer Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele gegen die Bündnispartner unmöglich zu machen. Die veränderte Konstellation in Mittel- und Osteuropa hat zwar die Gefahr einer militärischen Konfrontation deutlich verringert. Trotzdem dürfen wir dieses Ziel, nicht zuletzt auch unter dem Eindruck der Ereignisse im Nahen Osten, auch in Zukunft nicht aus den Augen verlieren.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU – Unruhe im Saal)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Vielen Dank, Herr Staatsminister, für diesen Bericht.

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe, um den Verhandlungen folgen zu können. Es gehört zu den parlamentarischen Gepflogenheiten, daß auch Äußerungen gemacht werden, die einem schwer erträglich erscheinen, und oft kann man selbst etwas dazu sagen. Aber man soll bei Zwischenrufen nicht so weit gehen, das meine ich ganz allgemein, daß der Redner nahezu gestört wird.

(Frau Abg. Pausch-Gruber: Wir ärgern uns noch mehr als die Redner!)

Zur Rednerliste sage ich informativ, daß sich zu einem weiteren Bericht Frau Justizministerin Berghofer-Weichner gemeldet hat. Dann habe ich noch folgende Wortmeldungen: Herrn Kollegen Hiersemann, Herrn Kollegen Bäumer und Herrn Kollegen Glück.

Frau Justizministerin, Sie haben das Wort!

Frau Staatsministerin Dr. Berghofer-Weichner: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! SPD und GRÜNE haben in den letzten Wochen in der Presse erhobene Vorwürfe angeblicher Waffenexporte der Firma MBB an den Irak aufgegriffen und in diesem Zusammenhang die bayerischen Staatsanwaltschaften beächtigt, untätig geblieben zu sein. Ich möchte die Sitzung des Zwischenausschusses nutzen, hierzu Stellung zu nehmen.

Die in der Presse gegen MBB erhobenen Vorwürfe sind nicht neu, sondern zum größten Teil bereits in den Jahren 1988 und 1989 in den Medien verbreitet worden. Die Vorgänge sind deshalb, teilweise schon seit längerem, Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Überprüfungen.

Bevor ich zu den einzelnen Vorwürfen komme, erscheinen mir einige knappe Hinweise zur Rechtslage erforderlich.

In unserem System Sozialer Marktwirtschaft unterliegt die Ausfuhr von Waren grundsätzlich dem freien Verkehr. Beschränkungen ergeben sich aus dem Kriegswaffenkontrollgesetz und dem Außenwirtschaftsgesetz.

(Abg. Kamm: Und der Moral!)

Das Kriegswaffenkontrollgesetz bezieht sich nur auf vollständige Waffen, Munition und wesentliche Bestandteile, die in der von der Bundesregierung erstellten Kriegswaffenliste aufgeführt sind. Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz schießen in den hier interessierenden Fällen aus, weil keine Hinweise vorliegen, daß in der Kriegswaffenliste aufgeführte Waffen geliefert wurden. Nach dem Außenwirtschaftsgesetz unterliegt nicht nur die Ausfuhr von Waffen, sondern auch von zahlreichen sonstigen Waren mit verteidigungspolitischer Bedeutung der Beschränkung. Diese Waren sind im Teil I der Ausfuhrliste aufgeführt, die ebenfalls von der Bundesregierung erstellt wird. Die Ausfuhr dieser Waren oder der entsprechenden Fertigungsunterlagen, also vollständiger Pläne, ist in einigen Fällen überhaupt unzulässig; im übrigen ist sie genehmigungspflichtig. Die Genehmigung erteilt das Bundesamt für Wirtschaft, Lan-

(Staatsministerin Dr. Berghofer-Weichner)

desbehörden sind am Genehmigungsverfahren nicht beteiligt.

Beschränkungen bestehen auch für die Lieferung von sonstigen Unterlagen und für Dienstleistungen ins Ausland. Die Beschränkungen sind unterschiedlich je nach Warenart und nach dem Staat, in den geliefert bzw. in dem gearbeitet werden soll.

Die Beschränkungen wurden – auch im Verhältnis zum Irak – durch mehrere Änderungen des Außenwirtschaftsgesetzes und der Außenwirtschaftsverordnung in den Jahren 1989 und 1990 verschärft. So waren etwa die Lieferung von Unterlagen, die noch nicht Fertigungsunterlagen waren, an den Irak sowie Dienstleistungen Deutscher im Irak nach altem Recht nicht genehmigungspflichtig, wohl aber sind sie es nach neuem Recht, wenn sie sich auf ausfuhrgenehmigungspflichtige Waren beziehen. Auch bedarf, anders als bisher, die Mitarbeit Deutscher bei der Entwicklung von Raketen im Ausland grundsätzlich der Genehmigung.

Wer gegen außenwirtschaftliche Beschränkungen verstößt, begeht zunächst nur eine Ordnungswidrigkeit. Damit eine solche Handlung eine Straftat wird, müssen zusätzliche Erfordernisse vorliegen; sie wurden durch ein Gesetz vom Juli dieses Jahres beschlossen. Nach altem Recht lag eine Straftat vor, wenn durch die Handlung

1. die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt,
2. das friedliche Zusammenleben der Völker gestört oder
3. die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland erheblich gestört wurden.

Die Verletzung dieser Rechtsgüter mußte also positiv festgestellt werden. Nach neuem Recht aber reicht für die Strafbarkeit aus, daß die Handlung geeignet ist, die genannten Rechtsgüter zu gefährden. So weit die Rechtslage.

Alle im vorliegenden Zusammenhang interessierenden Sachverhalte sind nach dem alten Recht zu beurteilen.

Zu den einzelnen in der Presse gegen MBB erhobenen Vorwürfen werde ich Ihnen nun die vorliegenden Ergebnisse der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen vortragen.

- a) Ein Schwerpunkt der Vorwürfe ist die Behauptung, Mitarbeiter von MBB wären an der Entwicklung einer Rakete in Argentinien und Ägypten mit finanzieller Unterstützung des Irak beteiligt gewesen – Projekt „Condor“ – und hätten eine neuartige Bombe entwickelt. Diese Projekte sind Gegenstand eines umfangreichen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens, das Anfang 1989 aufgrund einer Außenwirtschaftsprüfung bei einer anderen deutschen Firma gegen Verantwortliche dieser Firma eingeleitet worden war.

Zwischen dieser Firma und MBB waren Verträge über ein Raketenprojekt und über die Entwicklung

verschiedener konventioneller Gefechtsköpfe abgeschlossen worden. Bei der in der Presse wiederholt genannten Bombe mit der Bezeichnung „FAE“ (Fuel Air Explosive) handelt es sich um einen solchen Gefechtskopf.

Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen haben nicht ergeben, daß eines dieser Projekte unter der Verantwortung von MBB zu Ende geführt worden wäre.

(Abg. Kamm: Was heißt „zu Ende“?)

Die von MBB jeweils erstellten Projektstudien erreichten nicht die Qualität von Fertigungsunterlagen im Sinne des Außenwirtschaftsgesetzes, so daß Genehmigungen für die Weitergabe schon deshalb nicht erforderlich waren. In einem Fall hatten die Sachverständigen die Frage nach der Qualität von Fertigungsunterlagen allerdings unterschiedlich beantwortet. Außerdem wurden von MBB in geringem Umfang – gemessen am Gesamtprojekt – Waren an den deutschen Vertragspartner geliefert. Auch in diesen Fällen konnte ein Verstoß gegen das Außenwirtschaftsgesetz nicht festgestellt werden, weil es sich nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft um nichtgenehmigungspflichtige Inlandsgeschäfte handelte.

Auch eine strafrechtlich relevante Beteiligung von MBB-Mitarbeitern an Straftaten anderer nach dem Außenwirtschaftsgesetz konnte nicht nachgewiesen werden.

Deshalb hat die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen gegen Mitarbeiter von MBB nach § 152 Absatz 2 der Strafprozeßordnung eingestellt. Im übrigen dauern die Ermittlungen an.

- b) Im Rahmen des eben erwähnten Ermittlungsverfahrens wurde bekannt, daß die Firma MBB-Trans-technica mit außenwirtschaftlicher Genehmigung eine EDV-Anlage nach Ägypten geliefert hat. Für die Software zu dieser Anlage war eine Ausfuhr-genehmigung nicht erteilt worden. Die Staatsanwaltschaft prüft zur Zeit, ob hier gegen das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen wurde.
- c) Die Lieferung von Hubschraubern an den Irak war und ist ebenfalls Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Überprüfungen nach dem Außenwirtschaftsgesetz.

Die Firma MBB hatte im Jahre 1984 Zivilhubschrauber an den Irak geliefert. Eine andere Firma lieferte hierzu in den Irak eine sogenannte VIP-Ausrüstung, das sind unter anderem Radarhöhenmesser und Funkgeräte. Überprüfungen durch die Staatsanwaltschaft haben ergeben, daß die für die Ausrüstungsgegenstände erforderliche außenwirtschaftliche Genehmigung nicht erteilt worden war.

Eine Beteiligung von Mitarbeitern von MBB an diesen Ausfuhren konnte jedoch nicht festgestellt werden.

Anfang September dieses Jahres drangen mehrere Personen in die Lagerräume von MBB in Höhenkirchen ein, um ihre Behauptung zu stützen,

(Staatsministerin Dr. Berghofer-Weichner)

MBB liefere Ersatzteile für Kampfhubschrauber an den Irak. Das wegen dieses Vorwurfs gegen Verantwortliche von MBB eingeleitete Ermittlungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen.

- d) Die Meldungen in der Presse über die Lieferung der Raketen Hot, Milan und Roland ergäben für die Staatsanwaltschaft keinen Anfangsverdacht für ein Vergehen nach dem Außenwirtschaftsgesetz,

(Abg. Hiersemann: Wie denn auch!)

weil die Lieferung nach den Presseberichten durch eine französische Firma erfolgte.

(Abg. Hiersemann: So macht man das!)

- e) Soweit schließlich eine Beteiligung von MBB an der Errichtung des Militärforschungszentrums SAAD 16 behauptet wird, sind keine Erkenntnisse vorhanden, weil das entsprechende Ermittlungsverfahren – auch soweit eine Beteiligung von Mitarbeitern der Firma MBB-Transtechinica in Betracht kommt – von der Staatsanwaltschaft Bielefeld geführt wird, die bekanntlich nicht meinem Zugriff untersteht.

Meine Damen und Herren! Zusammenfassend ist daher festzustellen, daß sich alle Vorwürfe gegen die Justiz als haltlos erwiesen haben. Die Staatsanwaltschaften haben hier – wie auch sonst – die nach der Strafprozeßordnung gebotenen Untersuchungen vorgenommen und sich bei der Bewertung der Ergebnisse ausschließlich an ihrer gesetzlichen Aufgabe orientiert. Die Bürger in Bayern können weiterhin darauf vertrauen, daß die Staatsanwaltschaften entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag in allen Fällen Verdachtsmomenten nachgehen und Straftaten verfolgen.

(Starker Beifall bei der CSU)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Danke schön, Frau Staatsministerin, für Ihre Darlegungen.

Als erster hat sich gemeldet der Herr Kollege Hiersemann. Ich erteile ihm das Wort.

Hiersemann (SPD): Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Tandler, ich habe mit wachsendem Erstaunen Ihrer Rede zugehört, und ich habe es nicht für möglich gehalten, daß ein CSU-Minister selbst Ihres Schlages in der heutigen Situation noch in der Lage ist, eine solche Rede zu halten. Dies ist eine Rede, die aus den schlimmsten Zeiten des kalten Krieges stammt.

(Widerspruch bei der CSU)

Wer heute Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte noch so verteidigt, wie Sie das tun, zeigt, daß er nichts, aber auch gar nichts hinzugelernt hat. Gar nichts!

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, wenn das die Meinung der gesamten CSU sein sollte, was ich nicht hoffe, daß dann auch für Sie

hier der Satz von Gorbatschow gilt: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“

(Zuruf von der CSU: Das kann man bei der SPD sagen!)

– Also wissen Sie, daß Sie solche Zwischenrufe machen, verstehe ich, denn Sensibilität in diesem Bereich haben Sie noch nie bewiesen, aber es verwundert – bei aller persönlichen Wertschätzung für den Kollegen Dumann – um so mehr, daß Sie es für eine solche Sitzung des Zwischenausschusses, in der es um die Exporte von MBB geht, nicht einmal fertigbringen, diesen Kollegen, der bei MBB zu arbeiten beginnt, durch einen Vertreter zu ersetzen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber das müssen Sie mit sich selbst ausmachen.

(Abg. Kamm: Hier verteidigen die Vertreter selbst!)

Herr Tandler, wissen Sie, was in Ihrer Rede noch gefehlt hat? Ein einziger Satz: Dank MBB ist es zur Wiedervereinigung gekommen.

(Beifall bei der SPD und Lachen bei der CSU)

Das ist der einzige Satz, der in Ihrer Rede gefehlt hat. Es ist peinlich, wenn Sie immer die Hochrüstung, die weltweit vorhanden war, auch in der NATO, die wir mit betrieben haben, verantwortlich dafür machen, daß es zur deutschen Einheit gekommen ist. Wenn wir am Mittwoch letzter Woche diese Einheit feiern konnten, dann sollten wir zuerst zum Beispiel Lech Walesa und der Solidarnosc in Polen danken; wir sollten danken Vaclav Havel und den Bürgerrechtsbewegungen der ČSFR, wir sollten danken Guyla Horn, dem ungarischen Außenminister, der die Grenzen aufgemacht hat. Wir sollten insbesondere aber danken Michail Gorbatschow, ohne dessen Reformbemühungen das alles nicht möglich gewesen wäre. Ihre Selbstzufriedenheit ist unerträglich. Im übrigen habe ich den Herrn de Maizière damals im November nicht auf den Straßen der DDR gesehen, als die Menschen sich die Freiheit erkämpft haben, um das auch einmal deutlich zu sagen. Dieser ganze Prozeß, Herr Tandler, wäre auch nicht möglich gewesen ohne den KSZE-Prozeß, der die Luft dafür gebracht hat. Sich hier hinzustellen und sich zu loben, obwohl man als CSU in Bayern eine der drei europäischen Kräfte war, die den KSZE-Prozeß abgelehnt haben, geht zu weit. Neben den Kommunisten in Albanien und den Neofaschisten in Italien war es einzig und allein die CSU. Sie haben zur deutschen Einheit nichts, aber gar nichts hinzugetan:

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Gegenrufe von der CSU)

– Nein, im Gegensatz zu Ihnen behaupte ich das nicht. Ich bin eben nicht so stinkarrogant wie Sie.

(Beifall bei der SPD)

Sie versuchen abzulenken. Sie haben hingewiesen auf einen Brief des Betriebsratsvorsitzenden Schwarz. Diesen Brief gibt es, er ist an mich ge-

(Hiersemann [SPD])

schrieben worden. Allein die Tatsache, daß Sie im Besitz dieses Briefes sind, Herr Tandler, zeigt, daß schon wieder mal bestellte Briefe im Lande herumkursieren. Das ist ja nichts Neues,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

das haben wir immer wieder erlebt.

Dann haben Sie hingewiesen auf Bremen und gesagt, daß dort ja alles viel schlimmer sei.

(Fortgesetzte Zurufe von der CSU)

– Also Herr Wilhelm, wissen Sie, ich habe viel Verständnis dafür gehabt, daß Sie die eine Seite wegen Zwischenrufen gerügt haben. Ich möchte Sie herzlich bitten, dasselbe auch bei Ihren eigenen Leuten zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Herr Kollege, ich sage nur zwischendurch, ich bewundere die Ruhe, die im Moment hier herrscht.

(Lachen bei SPD und GRÜNEN)

Ich sehe überhaupt nicht, Herr Kollege Hiersemann, daß ein Einschreiten veranlaßt sein sollte.

(Lachen des Abg. Bäumer)

Wenn ich den Eindruck hätte, daß Sie sich als Redner eventuell durch das, was von hier oder von dort kommt, gestört fühlen könnten, verehrter Herr Kollege Hiersemann, würde ich natürlich gerne die entsprechenden Mittel anwenden. Das kann ich Ihnen selbstredend versprechen, so kennen Sie mich ja.

(Frau Abg. König: Wieso redet eigentlich dauernd der Vorsitzende?)

Hiersemann (SPD): Herr Vorsitzender, ich gebe zu, der Wahlkampf ist anstrengend. Aber daß die Hörfähigkeit nur auf einem Ohr nachläßt, ist mit Wahlkampf nicht zu entschuldigen.

Zu Bremen. Ich denke, es ist an der Zeit, hier ein paar Zahlen zu nennen, Herr Tandler, damit man sieht, was in all diesen Jahren und Jahrzehnten durch Ihre Politik und durch Ihre Förderung in Bayern entstanden ist. Nach Angaben der Bundesregierung entfielen 1989 von den verteilten Forschungs- und Entwicklungsaufträgen des Bundesverteidigungsministeriums an die Wirtschaft z. B. auf Nordrhein-Westfalen 8,9 Prozent, Niedersachsen 0,7 Prozent, Bayern aber 70,5 Prozent. Damit wissen Sie, wo die Rüstungsschmiede Deutschlands sitzt: hier in München und in der Umgebung.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN – Zustimmung des Abg. Kamm)

Und Sie haben sie geschaffen mit all den Problemen, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen werden.

Als Anfang August der „Spiegel“ berichtete, daß wenige Tage zuvor bei der irakischen Luftwaffe eine Pa-

lette vom Absender MBB eingetroffen sei, habe ich in einem Artikel der spk vom 10. August den Bayerischen Ministerpräsidenten und Sie als Finanzminister aufgefordert, die Öffentlichkeit endlich aufzuklären, was Sie in Ihrer Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglieder getan haben oder zu tun gedenken, um dubiose MBB-Exporte an den Irak zu unterbinden.

(Abg. Bäumer: Die Tantiemen weiter verschlafen, Herr Hiersemann!)

Außer gesammeltem Schweigen gab es von der Staatsregierung damals überhaupt keine Reaktion.

Öffentliches Aufsehen und neue Verdachtsmomente, daß MBB in schmutzige Exportgeschäfte mit dem Irak verwickelt ist, erregte dann die Aktion der Gesellschaft für bedrohte Völker, die am 14. September in ein Außenlager von MBB in Höhenkirchen eindrang und dabei versandfertige Wartungs- und Ersatzteile von Hubschraubern für Adressaten wie „Iraqi Army Aviation“ oder „Military Account“ der Zentralbank in Bagdad entdeckte. Allein der Adressat macht deutlich, um welche „zivilen“ Produkte es sich wohl handelte. Dabei stellte sich heraus, daß MBB über die spanische Firma Casa militärisch ausgerüstete Hubschrauber an den Irak geliefert hat.

Neues Aufsehen erregte der Bericht des amerikanischen Senators Jesse Helms an Präsident Bush, in dem 68 deutsche Unternehmen genannt werden, die die Waffenarsenale des Diktators Hussein mit Raketen, Panzern und Giftgasfabriken aufgefüllt haben.

Ich ertrage es langsam nicht mehr, daß bundesdeutsche Firmen Länder wie den Irak mit Giftgas ausrüsten und die vom Irak bedrohten Länder dann mit Gasmasken ausrüsten wollen. Das ist unerträglich und unanständig, wie wir uns benehmen.

Den vorläufigen Höhepunkt in diesem Waffenexportskandal lieferte dann der Bericht des „Spiegel“ vom 24. September 1990, worin MBB als Hauptlieferant in dem ekelerregenden Waffengeschäft mit dem Irak bezeichnet wird. Danach soll MBB sogenannte FAE-Bomben, eine neue Art von Benzinbombe, bzw. technische Anleitungen zum Bau solcher Bomben an Ägypten geliefert haben. Nach dem, was Sie gesagt haben, bewegen wir uns hier wohl in ähnlichen Dimensionen wie beim U-Boot-Geschäft mit Südafrika.

Nach Geheimdienstberichten verfügt inzwischen der Irak als erste Nation der Dritten Welt über dieses MBB-Produkt, das er sich offensichtlich über den Umweg Ägypten verschafft hat. MBB wird weiterhin als wichtigster Unterlieferant beim Bau des größten arabischen Militärforschungszentrums im irakischen Mossul genannt, wo Raketen, Flugzeuge und Nukleartechnik entwickelt werden.

Und, Frau Staatsministerin, während die Staatsanwaltschaft gegen den Bielefelder Generalunternehmer Projekta GmbH ermittelt, scheint die bayerische Justiz keinen Anlaß zu sehen, ihren Tiefschlaf bei ungesetzlichen Wehrtechnikexporten zu unterbrechen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN – Frau Staatsministerin Dr. Berghofer-Weichner: Sie haben nicht zugehört!)

(Hiersemann [SPD])

– Doch, ich habe sehr wohl zugehört. Erhellend war das nicht, was Sie hier geboten haben.

Neben Panzerabwehr- und Verbindungshubschraubern soll nach dem Bericht des „Spiegel“ MBB über die deutsch-französische Tochter Euromissile 5000 Panzerabwehrraketen und 166 Raketenwerfer des Typs „Hot“, 4565 Raketen des Systems „Milan“ und 1050 Flugabwehrraketen der Marke „Roland“ in milliardenschweren Geschäften an den Irak geliefert haben.

Sie, die Sie sonst immer die Freundschaft zu Israel in Feiertagsreden feiern, sollten sich hier nicht verteidigend hinstellen, sondern eher beschämt den Kopf senken, wenn Hussein jetzt mit diesen Raketen gerade Israel bedroht, wie das in den letzten Tagen geschehen ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In unserem Grundgesetz heißt es in Artikel 26 Absatz 2:

Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Diese vom Grundgesetz geforderte Friedensstaatlichkeit wurde 1961 im Kriegswaffenkontrollgesetz umgesetzt, wonach Kriegswaffen und Rüstungsgüter generell nicht in Spannungsregionen geliefert werden dürfen. Es gibt wohl kein Gesetz, dessen Geltung durch Umgehungsmöglichkeiten so leicht in der Praxis außer Kraft gesetzt werden kann wie dieses. Ich habe in der Vergangenheit schon mehrfach gesagt, neben dem Drogenhandel gibt es kein schmutzigeres Geschäft als den Waffenhandel, vor allem den Export von Kriegsmaterial in Spannungsregionen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Aber im Unterschied zum Drogenhandel sind hier die beteiligten Akteure keine mafiaähnlichen Verbrechersyndikate, sondern High-Tech-Unternehmen, deren Forschung und Entwicklung im Bereich der Wehrtechnik vor allem durch öffentliche Mittel, also von uns Steuerzahlern, finanziert wird.

(Abg. Bäumer: Bei uns ist das ja ähnlich!)

– Ich hoffe nicht, Herr Bäumer, ich hoffe nicht. Das wäre noch schlimmer als das, was wir ansonsten wissen.

(Zuruf des Abg. Bäumer)

Im Falle von MBB handelt es sich sogar um ein Unternehmen, das bis zur Fusion mit Daimler ein Staatsunternehmen war, an dem der Freistaat Bayern aber immer noch einen Anteil von fast 20 Prozent am Stammkapital besitzt und in dessen Aufsichtsrat der Bayerische Ministerpräsident und der bayerische Finanzminister vertreten sind.

Es ist eine Schande für Bayern, wir wir meinen, daß bei fast jedem Rüstungsexportskandal der letzten Jahre im Nahen Osten der Name MBB auftaucht – bei

fast jedem. Die öffentlich bekannt gewordenen Vorwürfe, daß ein vom Bayerischen Ministerpräsidenten und vom Finanzminister beaufsichtigtes Unternehmen einen Verbrecher und den derzeit größten Bedroher des Weltfriedens wie Saddam Hussein mit modernster Waffentechnik versorgt hat, sind an sich ungeheuerlich.

(Abg. Alois Glück: Ungeheuerlich ist Ihre Rede, kann ich nur sagen! – Gegenruf des Abg. Bäumer: Da bleibt Ihnen die Luft weg!
– Abg. Kamm: Wo sind die Fakten bei diesem Verbrechersyndikat, die lassen doch nichts heraus! – Lachen bei der CSU)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Herr Kollege Kamm, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf für Ausführungen dieser Art. Ich bitte Sie, sich zu mäßigen.

(Abg. Kamm: Dann sage ich „Verbrecherkonzern“!)

– Herr Kollege, Sie haben ja selber Gelegenheit, dann etwas zu sagen. Beherrschen Sie sich halt ein wenig, bitte.

(Abg. Kamm: Bei Mord und Totschlag fällt das sehr schwer!)

Hiersemann (SPD): Herr Kollege Glück, ich bin hier nicht in einem Argumentationsnotstand, sondern Sie sind das. Sie müssen hier erklären, wie die Waffen in den Irak gekommen sind. Das ist Ihre Aufgabe. Sie müssen auch erklären, was die Herrschaften im Aufsichtsrat getan haben – im übrigen, so füge ich hinzu, leider auch welche von meiner Partei. Da mache ich keinen Unterschied, um das ganz klar zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Das Ansehen des Freistaates Bayern gebietet es, so meinen wir, unverzüglich hier im Bayerischen Landtag eine klare und eindeutige Haltung zu so schmutzigen Waffengeschäften zu beziehen. Wir haben deshalb gemeinsam mit den GRÜNEN auf deren Anregung die heutige Sitzung des Zwischenausschusses beantragt.

(Zuruf von der CSU: Um nochmals auf die Pauke hauen zu können! – Glocke des Vorsitzenden)

– Wie bitte?

(Zuruf von der CSU: Um nochmals auf die Pauke hauen zu können!)

– Ach wissen Sie, wenn Sie nicht merken, daß es uns wirklich sehr ernst ist und daß wir meinen, daß darüber endlich einmal in Ruhe, aber auch in Sachlichkeit geredet werden muß, wie wir zu einer Politik kommen, die unseren Wohlstand nicht auf dem Tod anderer Menschen aufbaut, dann kann ich Ihnen nicht mehr folgen.

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist doch nicht in Ordnung! Ich kann doch nicht

(Hirseman [SPD])

einerseits sonntags in die Kirche zum Beten gehen und andererseits Waffenexportgeschäfte gutheißen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist doch eine scheinheilige Moral hier!

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN –
Vereinzelte Zurufe von der CSU)

Wir wollen wissen, inwieweit die Mitglieder der Staatsregierung im Aufsichtsrat von illegalen Waffen- geschäften an den Irak Kenntnis hatten. Insoweit war der Bericht des Herrn Tandler da. Ferner wollen wir wissen, welche Schritte die bayerische Justiz ergriffen hat, um Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz durch MBB zu ahnden, und vor allem wollen wir wissen, aber das führt über den heutigen Tag hinaus, was unternommen wird, um künftig Wehr- technikexporte aus Bayern in Krisenregionen abzu- stellen. Ich denke, daß das neben allem, was wir hier diskutieren, wohl eine der wichtigsten Fragen auch der Zukunft Bayerns ist.

Aber es ist auch zu klären, ob im Aufsichtsrat jetzt bekannt gewordene Lieferungen von Hubschraubern, Raketentechnologien und Bomben in zweistelliger Milliardenumsatzhöhe behandelt worden sind und ob noch andere Waffensysteme über MBB oder Euro- missile an den Irak geliefert wurden.

Neben Waffenlieferungen ist zu klären, ob der Auf- sichtsrat und damit die Staatsregierung darüber in- formiert war, daß MBB Wartungsarbeiten für die iraki- sche Luftwaffe durchgeführt und Hubschrauber- Er- satzteile geliefert hat.

Interessant wäre auch zu erfahren, ob der Herr Mini- sterpräsident seine im Januar 1989 auf dem Sonder- plenum über die Lieferung von Tornados an Jorda- nien geäußerte Auffassung – daß Sie diese Meinung einnehmen, habe ich leider vernommen – immer noch vertritt, daß wir uns ohne Rüstungsprojekte, z. B. den Jäger 90, von den führenden Industrienationen abkoppeln und von einem High-Tech-Exportland zu einem Käuferland und später zu einem Entwicklungs- land zurückentwickeln würden. Diese Formulierung habe ich bei Ihnen heute auch gehört. Ich muß also leider davon ausgehen, daß sich hier nichts, aber auch gar nichts ändern wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CSU! Der bayerische Wähler hat auch vor Landtags- wahlen das Recht, von Ihnen zu erfahren, wie die in- dustriepolitische Zukunft der in Bayern massierten Rüstungsindustrie angesichts der kommenden und grundsätzlich zu begrüßenden Einschnitte im Vertei- digungshaushalt aussehen soll. Die erfreuliche Ent- wicklung in Europa und die Abrüstung, die jetzt folgt, haben eklatante Auswirkungen gerade auf die Rüs- tungsindustrie, die bei uns zusammengeballt ist.

Wir haben schon mehrfach in Anträgen verlangt, durch staatlich unterstützte Konversionsschritte end- lich den bevorstehenden Strukturwandel der bayeri- schen Rüstungsindustrie einzuleiten. Da der Freistaat selbst Gesellschafter von MBB ist, muß die Staatsre-

gierung endlich selbst ein Zeichen setzen, um zivile Ersatzproduktionen im Umwelt- und Energiesparbe- reich durch entsprechende Projekte bei MBB voran- zutreiben.

Wir fordern die Staatsregierung gleichzeitig auf, das Ifo-Institut mit einer Studie zu beauftragen, die die in- dustriestrukturale Abhängigkeit Bayerns im Rüs- tungsbereich untersucht und Vorschläge für zielge- richtete Substitutionsproduktionen ausarbeitet. Wir bitten dringend darum, die sich heute schon abzeich- nende Situation bei MBB in der Rüstungsproduktion nicht genauso zu verschlafen, wie Sie das bei der Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg gemacht haben, wo Sie erst gehandelt haben, als der Konkurs da war.

(Beifall bei der SPD)

Heute müssen Sie handeln, wenn Sie vorausschau- ende Politik betreiben wollen.

Wir meinen, daß darüber hinaus auch möglichst bald an einer bayerischen Hochschule ein Institut für Rüs- tungskonversion gegründet werden sollte, das grundlegende Untersuchungen über konkrete Abrüs- tungsmaßnahmen wie z. B. Truppenabzug und Kon- versionsstrategien durchführt. Das heißt, Sie brau- chen das alles doch nicht selbst zu tun, wir regen nur an. Sie müssen den Menschen, die in einigen Jahren arbeitslos werden, sonst sagen, warum Sie wieder einmal geschlafen haben, wenn Sie das hier in die- sem Hause heute lächerlich machen.

(Beifall bei der SPD)

Die bayerische Wirtschaft braucht endlich eine in- dustriepolitische Perspektive, die uns aus der sicher- heitspolitisch gefährlichen, beschäftigungspolitisch schädlichen und industriepolitisch rückständigen Sackgasse der Rüstungsschmiede Bayerns heraus- führt.

Unsere leistungsfähige High-Tech-Industrie ist wahr- lich in der Lage, sich durch Umwelttechnologien im weitesten Sinne auf dem Weltmarkt erfolgreich zu be- haupten und weiteres Ansehen zu gewinnen. Wir brauchen uns nicht weiterhin in der internationalen Völkergemeinschaft dem Verdacht aussetzen, skru- pellos unseren erreichten Wohlstand auf das Ge- schäft mit dem Tod Tausender unschuldiger Men- schen in aller Welt zu gründen. Die Zeichen sind ganz eindeutig, was auf Bayern zukommt; und es liegt an uns hier in diesem Hause, und da können wir als Op- position nur anregen und Hinweise geben, Sie han- deln als Regierung, und zwar dahingehend, schon heute umzustrukturieren. Wer dies nicht tut, ist schuld an der Arbeitslosigkeit Tausender bayerischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den näch- sten Jahren.

Das ist eine der entscheidenden Diskussionen, die wir führen müssen. Aus der Reaktion der CSU-Frak- tion merke ich aber, daß Sie nichts begriffen haben, daß Sie denken, es geht genauso weiter. Ich kann Ihnen nur sagen: Wer meint, über Rüstungsproduk- tionen und Rüstungsexporte seinen Wohlstand ver- größern zu können, handelt nicht nur unmoralisch und unchristlich, er handelt unverantwortlich.

(Hiersemann [SPD])

(Anhaltender lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Vielen Dank, Herr Kollege Hiersemann. Nach der Bayerischen Verfassung kann ein Mitglied der Staatsregierung jederzeit auch außerhalb der Tagesordnung das Wort ergreifen.

Zu Wort hat sich gemeldet Herr Minister Tandler.

Staatsminister Tandler: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nur einige Bemerkungen.

Was den notwendigen Strukturwandel anbelangt, kann ich nur sagen, daß dieser in Bayern seit Jahren und auf allen Gebieten voll im Gange ist. Wenn dem nicht so wäre, hätten wir nicht im vergangenen Jahr mit einem realen Wachstum von vier Prozent die Spitze in der Bundesrepublik Deutschland gehalten, im ersten Halbjahr dieses Jahres wiederum mit fünf Prozent. Das von Herrn Lafontaine im sechsten Jahr regierte Saarland ist mit einem realen Wachstum von 1,8 Prozent im ersten Halbjahr dieses Jahres –

(Abg. Hiersemann: Also wissen Sie, was er vom Zeyer übernommen hat? – Lachen und Zurufe von der CSU)

Das im sechsten Jahr von Lafontaine regierte Saarland verzeichnet ein reales Wachstum von 1,8 Prozent.

(Heftiger Wortwechsel zwischen CSU- und SPD-Fraktion – Glocke des Vorsitzenden)

– Wie sehr die Bayerische Staatsregierung die Wende in der Oberpfalz verschlafen hat, wird daran deutlich, daß mir kürzlich bei einem Besuch einer CSU-Wahlveranstaltung in Sulzbach-Rosenberg der dortige SPD-Bürgermeister ein Grußwort gewidmet hat, in dem ausdrücklich festgestellt wurde, in welcher großzügiger Art und Weise die von der CSU getragene Regierung des Freistaates Bayern gerade dieser Region geholfen hat.

(Beifall bei der CSU)

Es war sehr beeindruckend.

(Abg. Hiersemann: Jetzt müssen Sie nur noch sagen, Sie waren auch schon immer gegen die WAA!)

So viel Lob wie von diesem Bürgermeister ist auch von Kommunalpolitikern der CSU nicht unbedingt selbstverständlich.

(Abg. Kamm: Kriegt er dafür eine neue Schlüsselzuweisung? – Fortgesetzte Zwischenrufe des Abg. Hiersemann)

Dritte Bemerkung, Herr Hiersemann. Sie sprachen von einer Schande für Bayern und meinten, damit die CSU-Staatsregierung treffen zu können. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: In meinen Augen ist es eine Schande, daß ein Unternehmen, dem bislang nicht das Geringste nachgewiesen werden konnte, in die-

ser unverantwortlichen Weise in die öffentlichen Schlagzeilen gezerrt wird

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

– ein Unternehmen, in dessen Aufsichtsrat, nehmen Sie das bitte zur Kenntnis, bis zum 20. September dieses Jahres neben dem Herrn Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern und dem bayerischen Finanzminister auch der Regierungschef von Hamburg saß

(Abg. Hiersemann: Ich habe doch selbst darauf hingewiesen!)

und der Regierungschef von Bremen weiterhin sitzt. Und nehmen Sie auch zur Kenntnis: Wenn man die parteipolitische Zugehörigkeit dieses Aufsichtsrates unter die Lupe nimmt, hatte die SPD bis vor kurzem die absolute Mehrheit.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Abg. Dr. Max Fischer: Ein Schuß in den Ofen! – Abg. Diethel: Ein Volltreffer in den Ofen! – Weiterer Zuruf von der CSU: Bumerang!)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Als nächster hat das Wort der Herr Kollege Bäumer.

Bäumer (DIE GRÜNEN):

(Fortgesetzte allgemeine Unruhe – Glocke des Vorsitzenden)

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Die Rede des Herrn Finanzministers –

(Wortwechsel zwischen Staatsminister Tandler und Abg. Hiersemann)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Meine Herren! Darf ich als Vorsitzender einmal eine Anmerkung machen. Ich bitte den Kollegen Bäumer, mit seinen Ausführungen noch etwas zu warten.

Wenn hier vorne Zwischenrufe gemacht werden, stört das aufgrund der räumlichen Gegebenheiten mehr, als das im Plenum der Fall ist. Es ist meine Aufgabe – und ich nehme an, mit Ihrer Zustimmung, so steht es ja auch in der Geschäftsordnung –, für einen ungestörten Ablauf zu sorgen. Das heißt also, daß der Redner, der im vorliegenden Falle gar nicht anfangen konnte, seine Gedanken entwickeln können muß. Bitte, Herr Kollege Bäumer!

Bäumer (DIE GRÜNEN): Nach der Rede des Herrn Finanzministers – fast wäre man ja versucht, des „angehenden Verteidigungsministers“ zu sagen –, nach diesen geistreichen Ausführungen über die Zeit vor 30 Jahren und nach der Rede der bayerischen Justizministerin kann ich feststellen: Diese Bayerische Staatsregierung steht voll hinter Waffenlieferungen bayerischer Firmen zur Ermordung von Menschen in der Dritten Welt. Das ist die Kernaussage dessen, was Sie hier gesagt haben.

(Lebhafter Widerspruch und Zurufe von der CSU)

(Bäumer [DIE GRÜNEN])

Die Bayerische Staatsregierung, so der Bayerische Ministerpräsident und langjährige Aufsichtsratsvorsitzende dieser Mordwaffen liefernden Firma, begrüßt es; daß Wachstum in Höhe von vier Prozent auch mit den zum Beispiel von MBB erwirtschafteten Geldern erreicht worden ist. Das haben Sie hier ausdrücklich erklärt. Sie haben es damit begründet, daß Arbeitsplätze erhalten werden, daß dies richtig sei und daß man sich aus diesem technologischen Know-how nicht ausklinken könne. Herr Tandler, so haben die Vertreter von Krupp und anderen nach 1945 auch argumentiert!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sagen vielleicht: Ich wasche meine Hände in Unschuld. Nein, Sie waschen sie im Blut von Tausenden von Toten; vielleicht kommen noch mehr dazu.

(Erneuter lebhafter Widerspruch bei der CSU – Zuruf: Wir reden von MBB!)

– Wir reden von MBB, sehr genau. Wir reden von den Fakten, die hier auf den Tisch gehören. Und wenn es denn so wäre, sehr verehrte Frau Justizministerin, daß die Staatsanwaltschaft tatsächlich richtig ermittelt hätte – ich werde dazu noch zwei Sätze sagen –, dann hätte es Ihnen gut angestanden zu sagen, daß es offensichtlich so ist, daß die Gesetze nicht ausreichen, daß wir mehr tun müssen, um diesem Treiben im deutschen, im bayerischen Namen endlich ein Ende zu setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie sich als deutscher Politiker dann noch hier hinstellen und sagen, auch diesen Taten verdanken wir die Wiedervereinigung, dann wird mir nur noch schlecht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

– Natürlich haben Sie das gesagt, daß wir dem technischen Know-how und diesem Export und dieser dauernden Wehrbereitschaft diese Wiedervereinigung verdanken. Man muß die Sätze nur auf ihren Kern zurückführen, damit jedem deutlich wird, welche Ungeheuerlichkeiten hier aus Ministermund kommen.

(Abg. Alois Glück: Eine schlichte Verleumdung, eine Ungeheuerlichkeit!)

Sehen Sie, das wollen Sie nicht hören, weil Sie natürlich hier gerne den Summs um Wiedervereinigung verbreiten und sagen, wie toll Sie das doch alles hinkriegelt haben.

(Unruhe und Zurufe bei der CSU)

Ich will Ihnen nur eines sagen:

(Fortgesetzte Unruhe bei der CSU – Glocke des Vorsitzenden)

Wenn es etwas zu tun gäbe für einen deutschen Politiker in dieser Zeit – und wir können alle froh sein,

daß die Entwicklung in Deutschland so gelaufen ist –, dann doch wohl das Gegenteil. Wenn wir etwas aus der Geschichte zu lernen haben, dann doch nicht, zu sagen, die Franzosen machen das noch viel schlimmer, die Amerikaner machten es in Vietnam oder sonstwo, sondern zu sagen, wir haben unendlich viel Leid über die Welt gebracht und auch erfahren, und wir haben ein unendliches Glück gehabt, durch den Mut anderer und nicht durch Ihren Mut, hier auch noch Geld abzusahnen. Durch den Mut anderer haben wir unendlich Glück gehabt, geschichtlich endlich anders und ungeteilt dazustehen.

(Abg. Mittermeier: Wo sind denn die Fakten? Wir warten auf die Fakten!)

Genau dieses Glück der Geschichte hätten wir dahin einzubringen, daß wir sagen, von uns, von unserem Boden geht nicht nur nie wieder Krieg aus, sondern wir machen unsere Finger auch nicht daran schmutzig, daß wir an diesem elenden Waffengeschäft noch verdienen. Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist die moralische Schlußfolgerung, die Sie zu ziehen hätten, Sie beide. Aber dazu sind Sie nicht fähig, weil Ihnen Geschäft vor Moral geht.

(Ungeheuerlich! bei der CSU)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Herr Kollege Bäumer, ich möchte Sie auf Paragraph 119 der Geschäftsordnung hinweisen.

(Frau Abg. König: Jetzt redet der schon wieder!)

– Der Präsident kann dazwischensprechen, meine Damen und Herren. Wenn das jemand nicht gewußt hat, dann weiß er es jetzt.

Paragraph 119 Absatz 1 lautet wie folgt:

Ein Abgeordneter, der persönlich verletzende Ausführungen oder persönlich verletzende Zwischenrufe macht oder eine gröbliche Störung der Ordnung verursacht, ist vom Präsidenten zu rügen und im Wiederholungsfall zur Ordnung zu rufen.

Sie sollten sich bitte, wie natürlich jeder hier in diesem Saale, überlegen, wie Sie persönlich verletzende Ausführungen vermeiden. Bitte schön!

Bäumer (DIE GRÜNEN): Ich habe im Moment nicht zur Kenntnis nehmen können, daß sich jemand wegen dieser zutreffenden Äußerungen verletzt gefühlt hat. Wenn es so sein sollte, dann müßte dazu eine –

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Dann sage ich es Ihnen. Ich kann als Präsident natürlich nicht mit Hilfe irgendeines Instruments feststellen, ob sich jemand verletzt fühlt, aber wenn über jemanden gesagt wird, er setze die Moral niedriger an und das Geschäft gehe ihm vor die Moral, dann ist das persönlich verletzend.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage es Ihnen nur, Herr Kollege, und bitte Sie, Ihre Ausführungen jetzt so zu machen, daß Sie nicht mit der Geschäftsordnung in Konflikt geraten.

Bäumer (DIE GRÜNEN): Da ich es mir in diesem Hause angewöhnt habe, persönliche Verletzungen von „Rotzlöffel“ bis „Richtergesindel“ relativ kalt hinzunehmen und über mich ergehen zu lassen, denke ich, daß man eine absolut zutreffende Äußerung, daß Geschäft hier vor Moral geht, wohl noch machen darf, und die wiederhole ich auch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weil hier moralische Prinzipien an erster Stelle zu stehen haben, meine Damen und Herren insbesondere der Staatsregierung, deshalb liegen Sie so falsch mit Ihren Äußerungen.

Ich will mich mit Ihnen heute nicht über die Frage streiten, ob hier tatsächlich rechtliche Normen verletzt worden sind. Wir können als anderes Beispiel die Blaupausen an Südafrika nehmen; dieser Untersuchungsausschuß wird im Zweifel auch wie alle anderen ausgehen, nämlich wie das Hornberger Schießen, weil nämlich letztlich gesagt wird: Wir können nicht mehr feststellen, wer diese Blaupausen geliefert hat. Aber diese Blaupausen waren ja noch keine Konstruktionsunterlagen wie bei den FAE-Bomben, und deshalb ist es rechtlich nicht relevant.

Meine Damen und Herren! Mit dieser Begründung ziehen Sie Ihren Kopf nicht aus der Schlinge. Was hier auf der Tagesordnung steht, ist die Frage: Was tun Sie persönlich, um zu verhindern, daß solche Waffenkonstruktionsunterlagen und Vorstudien an Länder gehen, die damit Völkermord begehen? Sie alle wissen so gut wie ich, und ich unterstelle, daß Sie das auch nicht gutheißen, daß der Irak gegen die eigene Bevölkerung, gegen die Kurden, mit biologischen Waffen vorgegangen ist. Wir konnten lesen, daß die Flüge in MBB-Hubschraubern durchgeführt wurden und von dort dieses Giftgas abgesprüht worden ist.

Noch einmal: Die Frage ist hier nicht, Herr Tandler, ob Sie als Mitglied des Aufsichtsrats wissen, daß diese MBB-Hubschrauber so eingesetzt werden. Die Frage ist, was Sie in Ihrem Geschäftsbereich, in Ihrer Verantwortlichkeit tun, um das zu verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alles, was Sie heute gesagt haben, läuft darauf hinaus: Das ist in Ordnung, das will ich gar nicht wissen! Deswegen diese Sitzung hier und die Notwendigkeit, Sie erst einmal auf den richtigen Weg zu bringen. Ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen, als ich das heute gehört habe, habe ich mir gedacht: Es ist entsetzlich, es ist absolut entsetzlich! Wenn das eine Schulklasse in Bayern hört, nach der Geschichte dieses Landes, kann man nur sagen: Die Befürchtungen, die andere – ich habe sie nicht – über die Entwicklung dieses Deutschland äußern, scheinen angesichts der Rede dieser Repräsentanten zutreffend.

Ich möchte zu einem ganz anderen Punkt kommen, der aber auch sehr stark mit Ihrer Verantwortlichkeit zu tun hat. Es ist ja durch die Presse bekanntgeworden, daß wir von den GRÜNEN der Meinung sind, daß Sie, solange Daimler-Benz bei MBB noch nicht eingestiegen war, sehr wohl anderes zu erkennen gegeben

haben, aber Sie haben sich dazu hier noch nicht geäußert, als Sie bisher zu erkennen gegeben haben; Sie hätten alle diese Geschäfte steuern können und steuern müssen. Ich sage das jetzt mal jenseits der rechtlichen Frage: Ist das noch zulässig oder nicht?

Sie wissen seit Jahren, daß der Iran und der Irak einen schlimmen Krieg geführt haben. Sie wissen aus vielen Diskussionen in diesem Hause ab 1986 und auch schon in der Zeit vor 1986, daß MBB in Rüstungslieferungen verwickelt war, ob nun direkt oder über Dreiecksgeschäft, ob über Ägypten oder wer auch immer daran beteiligt war.

Ich nehme an, Sie kennen das Aktiengesetz. Ich verweise Sie auf den § 111, der ausdrücklich sagt, das haben Sie ja auch praktiziert, ich werde Ihnen das gleich vorlesen: Der Aufsichtsrat hat das Recht und die Pflicht, die Geschäftsführung zu überwachen. Er kann einzelne Mitglieder für bestimmte Aufgaben, besondere Sachverständige, beauftragen. Ja, er kann sich vorlegen lassen, Rechenschaft geben lassen über bestimmte festgelegte Geschäfte. Das ist im Aktiengesetz ausdrücklich geregelt.

Deswegen unsere Frage: Wo haben Sie das getan? Sie haben, in all den Jahren, wenn MBB Thema war, immer nur gesagt: Das ist eine privatrechtliche Gesellschaft; damit haben wir nichts zu tun; im übrigen können wir als Aufsichtsrat da nicht dreinregieren. – Falsch! § 111 des Aktiengesetzes sagt, zivilrechtlich völlig richtig, natürlich kann die Mehrheit des Aufsichtsrates sich über Einzelheiten informieren lassen, ja sogar bestimmte Geschäfte unter den Vorbehalt der Zustimmung des Aufsichtsrates stellen.

Wo haben Sie das getan? Wo sind Sie Ihrer Verantwortung gerecht geworden? Sie sitzen doch nicht dort, um Tantiemen zu empfangen, sondern um bestimmte staatliche Aufgaben wahrzunehmen. Zu diesen staatlichen Aufgaben gehört es, zu verhindern, daß Bayern, daß die Bundesrepublik in Waffen- und Mordgeschäfte verwickelt wird und nach außen in Verruf gerät, wie es seit Jahren nicht mehr der Fall war. Sie haben da absolut versagt. Nach diesen gesetzlichen Vorschriften hätten Sie anders handeln müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wissen auch aus dem Übernahmevertrag, daß es in der Geschäftsordnung entsprechende Regelungen gegeben hat; denn im Übernahmevertrag zwischen Daimler-Benz und dem damaligen Alleineigentümer steht folgendes:

Aufsichtsrat und Geschäftsführer von MBB.

Die Vertragspartner entsprechen der Forderung von Daimler-Benz, daß im Interesse einer industriellen Führung von MBB und angesichts der Tatsache, daß Daimler-Benz nur einen Teil der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner bestimmen kann, keine Zustimmungsvorbehalte zugunsten des Aufsichtsrats für bestimmte Arten von Geschäften gemäß § 11 Abs. 4 Satz 4 Aktiengesetz gelten sollen.

(Bäumer [DIE GRÜNEN])

– Das ist genau die Vorschrift, auf die ich mich eben bezogen habe, als ich gesagt habe, Sie hätten natürlich Einfluß nehmen können, wenn Sie denn nur gewollt hätten.

Der Vertrag fährt hier weiter:

Sie werden demgemäß darauf hinwirken, daß § 5 der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat in der Fassung vom 4. 10. 1978 und § 6 der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung vom 15. 1. 1979 ersatzlos aufgehoben werden.

– Diese Aufhebung ist meines Erachtens am 8. 12. 1989 erfolgt.

Meine Damen und Herren! Mit diesen Regelungen der Geschäftsordnung wird ganz klar festgelegt, daß bestimmte Geschäfte eben unter den Zustimmung- oder mindestens Informationsvorbehalt des Aufsichtsrats gestellt werden. Mir ist nicht bekannt, daß irgendwann einmal ein Vertreter des Freistaates Bayern – hier nenne ich ganz besonders den heutigen Ministerpräsidenten Streibl als Aufsichtsratsvorsitzenden – seiner meiner Meinung nach sowohl rechtlichen, aber auf jeden Fall moralischen Pflicht nachgekommen wäre und sich veranlaßt gesehen hätte, sich diesen Anwürfen MBB gegenüber als Aufsichtsrat in die Geschäfte einzuschalten und einen Genehmigungsvorbehalt festzuschreiben. Dies ist nicht gelaufen. Deswegen kommen Sie nicht aus Ihrer Verantwortung, daß MBB, ob direkt oder auf Umwegen, in die Vorbereitung von kriegsähnlichen Mordtaten verwickelt ist.

Der zweite Punkt ist die jetzige Situation bei MBB. Meine Damen und Herren! Die Bayerische Verfassung sieht vor, aus sehr vernünftigen Gründen, wie mit scheint, daß Mitglieder der Staatsregierung nicht in Aufsichtsräten sitzen sollen. Das hat historische Gründe und soll vor allen Dingen einer zu großen Verquickung von Politik und Wirtschaft entgegenwirken; Herr Dumann kennt sich da vielleicht besser aus. Wir alle wissen, daß im letzten Jahr, gegen unsere Zustimmung hier, MBB mehrheitlich von Daimler-Benz übernommen worden ist. Ich habe hierzu Passagen aus dem Übernahmevertrag vorgelesen. Mir ist aber nicht bekannt, daß dann zumindest die daraus sich ergebende direkte Pflicht des Artikels 57 der Bayerischen Verfassung eingetreten wäre, daß nämlich die Herren Ministerpräsident Streibl und der jetzige Finanzminister Tandler ihre Posten als Aufsichtsratsmitglieder niedergelegt hätten. Nun gibt es in der Tat in der Bayerischen Verfassung eine Vorschrift, die besagt, daß eine Ausnahme für Gesellschaften besteht, bei denen der überwiegende Einfluß des Staates, insbesondere durch seine Mehrheit am Grundkapital oder durch sein Stimmrecht oder durch die rechtlichen und organisatorischen Verhältnisse, sichergestellt ist. Das ist § 3a des Gesetzes über die Staatsregierung.

Meine Damen und Herren! Mir ist jedenfalls bis heute nicht bekannt – und es würde mich angesichts des Übernahmevertrages, der deutliche Worte spricht, auch sehr wundern –, daß Daimler-Benz in Person

des Herrn Edzard Reuter gesagt hätte: Gut, wir bringen zwar eine entsprechende Kapitalerhöhung ein, aber wir sind damit einverstanden, daß die staatliche Mehrheit und die Einflußnahme erhalten bleiben. Das halte ich für völlig ausgeschlossen. Es ist, wie gesagt, dahingehend auch nichts bekannt. Bekannt ist nur, daß genau am 8. Dezember 1989 die Geschäftsordnungsbestimmung, die Sonderrechte für den Aufsichtsrat vorsah, ersatzlos gestrichen worden ist.

Ich fordere Sie hiermit daher auf, entweder zu Ihrer Verantwortung voll zu stehen, die Sie als Aufsichtsratsmitglieder haben und die Sie ohnehin schon vor der Übernahme durch Daimler-Benz nach der Verfassung dadurch hatten, daß der überwiegende Einfluß des Staates vorhanden war, womit Sie die Verantwortung für diese Waffenlieferungen haben, oder aber heute sofort und hier zu erklären, daß Sie Ihre Aufsichtsratsposten niederlegen.

Das ist ja wohl in der Person des Herrn Regierenden Bürgermeisters von Hamburg geschehen. Ich weiß nicht, ob das rechtliche Hintergründe hatte, welche es auch waren. Aber das stünde Ihnen jetzt an: Sie können nicht beides. Sie können nicht den Kopf aus der Schlinge der politischen Verantwortung für dieses Desaster MBB ziehen und hinterher sagen: Ich kann ja nichts daran ändern. Sie könnten!

Sie müssen die Konsequenz ziehen und heute sofort Ihre Aufsichtsratsposten niederlegen, damit Sie wenigstens der Bayerischen Verfassung gerecht werden. Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Als nächster hat das Wort der Kollege Alois Glück.

Glück Alois (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gehöre diesem Hause demnächst 20 Jahre an, aber was ich heute erlebe, ist der absolute Tiefpunkt dessen, was ich in diesem Hause bisher erlebt habe.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe viele politische Auseinandersetzungen mitgemacht, ich beteilige mich gelegentlich auch gern daran, aber ich habe noch nie erlebt, daß mit der Ehre von Menschen so schamlos umgegangen wurde, wie dies heute hier praktiziert worden ist.

(Beifall bei der CSU)

Wir befinden uns hier auf dem Tiefpunkt in der Wahlkampfauseinandersetzung. Der bisherige Verlauf der Debattenbeiträge hat gezeigt, daß es um nichts anderes geht als den Versuch, noch einmal Wahlkampf zu führen.

Meine Damen und Herren von der SPD und Herr Hiersemann, es wäre Ihnen in der Tat gut angestanden, sich nicht wieder blind in das Schlepptau der GRÜNEN zu begeben,

(Abg. Hiersemann: Begreifen Sie doch, daß es um die Sache geht, nicht um Präferenzen!)

(Glück Alois [CSU])

sondern tatsächlich zunächst einmal selbst Erkundigungen bei den Parteifreunden einzuziehen, die im Aufsichtsrat sitzen.

(Abg. Hiersemann: Das haben wir gemacht, Herr Kollege Glück!)

– Das kann ich mir schwer vorstellen, denn dann müßten Sie dieselben Vorwürfe gegen Ihre Parteifreunde im Aufsichtsrat erheben. Sie haben nur eine verschlüsselte Erklärung gegeben, aber Sie haben in keiner Weise, auch in Ihrer Rede nicht, Fakten vorgebracht. Allein Ihr Informationsverhalten: Bei Herrn Schwarz haben Sie sich offenbar nicht erkundigt, wenn ich es recht deute.

(Abg. Hiersemann: Wir haben vor zwei Tagen ein langes Gespräch geführt!)

– Dann kann ich nur sagen, es ist ein außerordentlich unglaubliches Verhalten nach dem Motto: Wir wollen bitte nichts wissen, damit wir weiter verdächtigen können.

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann: So ein Krampf! So ein Schmarren! – Abg. Kamm: Sie wollen nichts wissen, damit weiter gesündigt werden kann!)

Meine Damen und Herren, ich kann es wirklich nur als empörend empfinden, wie insbesondere die GRÜNEN mit der Ehre anderer Menschen umgehen, auch Herr Kamm mit seinen Zwischenrufen, indem er z. B. Herrn Schwarz einfach als eine „dubiose Figur“ bezeichnet, wahrscheinlich damit auch den Herrn Vorscherau meint, der ja genauso in diesem Aufsichtsrat ist, wahrscheinlich auch Herrn Wedemeier, und Herr Hiersemann sitzt gegenüber und sagt nichts dagegen. Da kann ich nur sagen: Welche politische Kultur, welch ein Verhalten aus Wahlkampfalkül!

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abg. Kamm)

– Herr Kamm, haben Sie irgendeinen konkreten Beleg, der Sie berechtigt, an der Ehre von Herrn Schwarz zu zweifeln?

(Abg. Kamm: Ja, ich werde es Ihnen hinterbringen, der Brief war sehr deutlich!)

Ich kenne Herrn Schwarz nur flüchtig aus Veranstaltungen, aber ich lehne es ab, in dieser Weise mit der Ehre von Menschen umzugehen. Ich kann mir Ihr Verhalten, daß Sie meinen, jedermann sei käuflich, eigentlich nur mit dem Sprichwort erklären, das sagt: Wie ein Schelm von anderen denkt, so ist er selbst.

(Beifall bei der CSU)

Aber das Ganze wird eben nach dem Motto versucht, irgendwas wird schon hängenbleiben. Nur das ist es. Herr Bäumer, Sie haben wieder ein klassisches Beispiel geliefert, wie man die Aussage eines Redners verdreht, daß sie so paßt, um ihn anschließend diffamieren zu können.

Finanzminister Tandler hat mit keinem Wort gesagt, daß wir dem Waffenexport die Wiedervereinigung verdanken. Er hat zum Ausdruck gebracht, daß wir sie

der Verteidigungsfähigkeit verdanken. Dazu werde ich noch etwas sagen.

Sie halten sich sonst gerne etwas auf Ihre intellektuelle Kapazität zugute, die ich gar nicht bestreiten will, nur sollte dabei die Redlichkeit in einer Auseinandersetzung nicht zu kurz kommen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, in der Sache gibt es in der Zuständigkeit des Landes, die allerdings dabei sehr begrenzt ist, wobei wir uns politisch als Partei nicht auf die formelle Landeszuständigkeit beschränken, Möglichkeiten, zu handeln und zu bewerten.

Es gibt für uns zwei entscheidende Maßstäbe. Erstens die rechtlichen Vorschriften, z. B. das Außenwirtschaftsgesetz mit seinen Beschränkungen. Sie sind Ausdruck eines politischen Willens und einer politischen Moral über die Diskontinuität von Regierungswechseln in der Bundesrepublik hinweg. Diese rechtlichen Vorschriften sind korrekt und kompromißlos einzuhalten.

(Abg. Hiersemann: Wenn's nur so wäre!)

Zweitens. Begründetem Verdacht ist entsprechend nachzugehen. Beides ist nach den Berichten der Mitglieder der Staatsregierung geschehen. Die sich anschließenden vorbereiteten Reden der Opposition, die vielleicht dafür gedacht waren, vor dem Bericht abgegeben zu werden, jedenfalls bei Herrn Hiersemann war es so, nach dem Motto –

(Abg. Hiersemann: Hat denn Herr Tandler eine Stegreifrede gehalten? Was soll denn der Schmarren hier?)

– Das ist ja nicht der Punkt, aber, Herr Hiersemann, Sie sind in keinem Punkt auf den Bericht von Herrn Tandler eingegangen, sondern haben eine Rede gehalten, als sei der Bericht nicht gegeben worden.

(Beifall bei der CSU)

Ich stelle erstens fest: Nach den Berichten und nach den Beiträgen der Redner der Opposition gibt es keinerlei Fakten für Verfehlungen der Firma MBB; und dies zeigt, daß auch die Vorwürfe gegen die Mitglieder des Aufsichtsrates haltlos sind.

Zweitens, die Justiz ist konkreten Hinweisen ohne Schonung irgendwelcher Personen oder Institutionen nachgegangen und geht ihnen weiter nach, wie mit dem Hinweis auf noch laufende Ermittlungsverfahren sichtbar geworden ist.

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Herr Kollege Glück, der Kollege Hiersemann hat den Wunsch, eine Zwischenfrage zu stellen. Würden Sie eine solche zulassen?

Glück Alois (CSU): Es ist unter diesen Bedingungen ein bißchen schwierig, weil der kein Mikrofon zur Verfügung hat und weil ein Wechsel hier am Pult nicht

(Glück Alois [CSU])

die angemessene Form ist. Ich glaube, in der nächsten Runde ---

(Abg. Hiersemann: Ich kann schon brüllen!)

– Jetzt hätte ich beinahe gesagt, daß Sie manchmal im Brüllen gut sind.

(Abg. Hiersemann: Also Sie lassen meine Frage zu?)

– Ja, bitte.

Hiersemann (SPD): Können Sie, nachdem Sie sagen, es ist alles in Ordnung, uns erklären, wie es mit dem Kriegswaffenkontrollgesetz vereinbar ist, daß eine Unmenge von Raketen von MBB während des Krieges zwischen Irak und Iran an den Irak geliefert wurde, also in eine Spannungsregion, und warum die Staatsanwaltschaft nicht ermittelt?

Glück Alois (CSU): Ich sehe nicht, daß Sie irgendwelche Fakten für diese Behauptung geliefert hätten. Sie beziehen sich auf eine Presseveröffentlichung, die nirgendwo belegt, sondern nur als Verdacht formuliert ist.

(Abg. Kamm: Eine Exocet-Rakete wurde auf ein amerikanisches Schlachtschiff abgeschossen!)

– Das ist aber keine von MBB gelieferte Rakete.

(Abg. Kamm: Euromissile! – Zuruf von der CSU: Eine französische Waffe!)

– Herr Kamm, ich werde zur Frage und der Problematik der internationalen Kooperation noch Stellung nehmen.

Ich stelle also nochmals fest und möchte es festgehalten wissen: Erstens, keine Fakten für Verfehlungen der Firma MBB. Wenn es sie gäbe oder wenn welche belegt werden könnten, müßten sie selbstverständlich ohne jede Nachsicht auch entsprechend verfolgt werden. Zweitens: Von seiten der Justiz ist konkreten Hinweisen entsprechend nachgegangen worden. Damit sind alle Vorwürfe gegenstandslos, auch wenn sie als Verdächtigung und als Wahlkampfmittel weiter aufrechterhalten werden.

Meine Damen und Herren, wenn Firmen in der Bundesrepublik Deutschland und möglicherweise auch Firmen in Bayern so handeln, dann ist dem schonungslos nachzugehen. Ich beziehe mich mit dieser Feststellung, die ich soeben getroffen habe, auf die Firma MBB, und ich spreche damit nicht pauschal alle Firmen frei; denn es ist leider Realität, wie wir spätestens seit dem Imhausen-Prozeß wissen, daß Firmen unter Umgehung rechtlicher Bestimmungen rechtswidrig gehandelt haben, manche möglicherweise auch weiter rechtswidrig handeln. Aber es ist schäbig, Rechtsverletzungen dann der Regierung oder dem Staat anlasten zu wollen. Dem Staat wäre es nur anzulasten, wenn er die Fälle nicht verfolgen würde.

Herr Hiersemann, Sie haben gesagt, wer rede wie Finanzminister Tandler, der habe aus der Geschichte nichts gelernt. Ich fürchte, Sie haben aus der Geschichte nichts gelernt. Ich muß da noch einen Exkurs in die Thematik der letzten Monate machen.

Was hat denn den Wandel im Osten bewirkt? Sicher ist das ein komplexer Vorgang gewesen. Ich denke aber, es gibt drei Aspekte. Der erste Aspekt war die Standhaftigkeit von Menschen in Ost und West. Ich nenne zunächst bewußt die Menschen im Osten, und ich nenne stellvertretend Leute wie Sacharow, Havel und andere, die ohne Aussicht auf Erfolg – heute sieht das alles sehr viel leichter aus – Ungeheures auf sich genommen und riskiert haben, ihrer Grundsatztreue willen, die damit zu moralischen Leuchttürmen in dieser Welt geworden sind. Standhaftigkeit und langen Atem hatten aber auch Verantwortliche im Westen. Die Veränderung hat sicher komplexe Ursachen. Aber ein ganz entscheidender Punkt – ich sage nicht einmal: der ausschließliche – ist und war auch die Standhaftigkeit und die Überzeugungstreue von Politikern im Westen, die sich nicht vorschnell mit dem System arrangiert haben, sondern die den Mut gehabt haben, auch ohne konkrete Zeit horizonte z.B. die Frage der Wiedervereinigung offen zu halten und gegen den Zeitgeist in der Frage der Nachrüstung standhaft zu bleiben. Erst dadurch, Herr Hiersemann, haben die Reformkräfte um Gorbatschow eine Chance bekommen, weil die Betonköpfe drüben sehen mußten, daß der Wettlauf mit dem Westen nicht zu gewinnen ist.

(Beifall bei der CSU – Frau Abg.

Windsperger: Die ganze Friedensbewegung, die hier und im Osten entstanden ist, die vergessen Sie! – Weitere zahlreiche Zurufe – Glocke des Vorsitzenden)

– Wollen wir doch keine außenpolitische Debatte führen!

(Frau Abg. Windsperger: Sie fangen doch damit an; es war die Friedensbewegung, die war nicht umsonst!)

– Ich habe nicht damit angefangen. Ich antworte auf die Redner. Die Thematik ist ja mit eingeführt worden.

(Weitere zahlreiche Zurufe und Unruhe)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Entschuldigung, Herr Kollege Glück, wenn ich unterbreche, aber in diesem Saale sind die akustischen Verhältnisse schwieriger als im Plenarsaal; besonders wenn vorne geredet wird, ich habe es vorhin schon gesagt, wird der Redner ernsthaft gestört. Ich bitte dies doch zu berücksichtigen. Bitte, Herr Kollege Glück!

Glück Alois (CSU): Meine Damen und Herren, Voraussetzung für den Erhalt der Freiheit und für die Chance zur Wiedervereinigung waren die Standhaftigkeit und – in unmittelbarem Zusammenhang mit dem, was bisher schon diskutiert worden ist – die Verteidigungsfähigkeit.

(Glück Alois: [CSU])

Zweitens hat den Wandel im Osten natürlich auch bewirkt die Bankrotterklärung des Kommunismus und des realen Sozialismus, moralisch, ökonomisch und ökologisch. Der Sozialismus hat uns leider eine verwüstete Welt hinterlassen. Das dritte ist die Anziehungskraft unserer Gesellschaftsordnung. Sie war und ist doch die Hoffnung für die Menschen im Osten. Ansonsten bliebe ihnen ja nur Hoffnungslosigkeit.

Meine Damen und Herren, die moderne Wehrtechnik wird auch in der heutigen Welt notwendig sein, und zwar auch auf dem Hintergrund der Ost-West-Beziehungen. Wer dies bestreitet, der muß in der Konsequenz den Antrag stellen, daß die Bundeswehr abgeschafft wird.

(Abg. Kamm: Gar nicht so dümm!)

– Bei den GRÜNEN halte ich das für ein mögliches Spektrum, nur bei der SPD habe ich diese Auffassung noch nicht gehört. Man ist realistisch genug. Nur, wenn dem so ist, dann werden Sie doch um Himmels willen nicht die Soldaten der Bundeswehr einberufen und für Verteidigungsfähigkeit üben lassen, ihnen aber total veraltete Waffen in die Hand geben wollen.

(Abg. Hiersemann: Was hat denn das mit dem Waffenexport in Spannungsgebiete zu tun?)

– Herr Hiersemann, Sie sollten halt ein bißchen zuhören, weil man nicht alles in einem Satz sagen kann. Es geht um die Frage, daß moderne Wehrtechnik auch weiter notwendig ist. Diese moderne Wehrtechnik ist aber nur im internationalen Verbund möglich.

(Abg. Kamm: Das ist vielleicht eine Moral! –
Abg. Hiersemann: So haben Sie die WAA auch mal verteidigt!)

– Ja nun, Herr Hiersemann, jetzt hätte ich von Ihnen schon gerne einen Klartext. Vorhin haben Sie gerade genickt, daß die Bundeswehr weiter notwendig ist, auch die moderne Wehrtechnik.

(Zuruf von den GRÜNEN: Die Lieferungen an den Irak können Sie nicht mit der Wehrtechnik bei uns rechtfertigen! – Abg. Bäumer: Das ist auch unter Ihrem Niveau, das kann nicht sein, Sie müssen schon überlegen, was Sie sagen! – Weitere Zurufe, Unruhe und Glocke des Vorsitzenden)

– Lassen Sie mich halt mal ausreden. Herr Bäumer, sollen wir vielleicht eine Bundeswehr mit moderner Wehrtechnik haben, aber diese moderne Wehrtechnik selbst nicht herstellen? Ist das ein realistischer Standpunkt? Das ist wohl jenseits jeder Lebenswirklichkeit und dessen, was man im Sinne einer nationalen Souveränität vertreten könnte.

(Zuruf von den GRÜNEN: Und diese Wehrtechnik muß dort unten ausprobiert werden?)

Wenn wir uns aus der europäischen Kooperation in der Wehrtechnik, aus der manche Probleme in diesem Zusammenhang entstehen, ausklinken – Casa und all diese Dinge, die hier genannt und nicht verschwiegen worden sind, stellen einen Themenkreis dar im Zusammenhang mit der internationalen Kooperation in der Wehrtechnik im Rahmen der europäischen und der NATO-Zusammenarbeit –, wenn wir also aus dieser europäischen Koalition uns ausklinken wollten, müßten wir uns auch aus der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ausklinken. Denn eine Zusammenarbeit der NATO, ohne in einem internationalen Verbundsystem der Wehrtechnik zusammenarbeiten zu wollen, ist wohl ausgeschlossen.

Meine Damen und Herren, wir begrüßen ganz ausdrücklich, daß es die Ost-West-Beziehungen möglich machen, daß die Waffenarsenale schmelzen. Damit sind selbstverständlich wirtschaftliche und strukturelle Konsequenzen verbunden, es werden finanzielle Kapazitäten und andere Ressourcen für andere wirtschaftliche Aktivitäten frei. Nur, wer meint, in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken zu können – weil Waffen selbstverständlich nicht mit positiven Gefühlen belegt sind, es sei denn, man braucht sie zur eigenen Verteidigung –, daß man auf diese unangenehme Wirklichkeit in unserem Leben verzichten könnte, der weckt Illusionen, die ihn nicht mehr als ernsthaften Politiker ausweisen.

Dann haben Sie, Herr Hiersemann, die kühne Formulierung gebraucht, die bayerische Wirtschaft brauche eine industriepolitische Perspektive. Wenn Sie selbst regieren würden, könnte ich einen solchen Anspruch schon verstehen. Wenn Sie in andere Bundesländer schauen – –

(Abg. Hiersemann: Sie wissen doch ganz genau, daß in diesem Bereich Arbeitsplätze verlorengehen; tun Sie doch nicht so rum!)

– Aber Herr Hiersemann, Entschuldigung, habe ich denn nicht drei Sätze vorher gesagt, daß wir davon ausgehen, daß diese Kapazitäten zurückgehen?

(Abg. Hiersemann: Dann kritisieren Sie mich doch nicht!)

Nur, unser ordnungspolitischer Ansatz ist ein anderer. Es ist Aufgabe der jeweiligen Unternehmen, ihre Umstrukturierung voranzutreiben, und nicht Sache des Staates – es sei denn, Sie haben ein Wirtschaftsverständnis, wie es früher in der DDR war.

(Abg. Langenberger: Sie haben doch auf die Rüstungsindustrie gesetzt!)

Die neu geschaffenen Arbeitsplätze in Bayern und in der Bundesrepublik sind ein deutlicher Beleg für das, was bei uns wirtschaftspolitisch geschieht. Das ist vom Finanzminister dargestellt worden.

Wenige Tage vor der Wahl ist es wohl schwierig, ein solches Thema differenziert genug zu behandeln. Nur, Herr Hiersemann, es ist eben eine glatte Diffamierung der Arbeitnehmer in der bayerischen Bevölkerung – für Herrn Bäumer gilt das genauso –, wenn der Eindruck erweckt wird, unser Wohlstand würde sich auf die Waffenexporte gründen oder auch nur

(Glück Alois: [CSU])

wesentlich gründen. Dies ist eine absolute Diffamierung, eine Beleidigung der Arbeitnehmer.

(Beifall bei der CSU – Abg. Bäumer: Aber die Rede von Herrn Tandler geht in diese Richtung, ob Sie wollen oder nicht!)

Nun lassen Sie mich, so schwer das in so hektischen Debatten und Zeiten fällt, noch eine aktuelle Anmerkung auf dem Hintergrund der Golfkrise machen.

Ich weiß nicht, wer hier der Meinung ist, daß sich z. B. der Westen dahin bewegte – aber mittlerweile nicht nur der Westen –, was mit zu den Ergebnissen der Verständigung in Europa zählt, daß im Zusammenhang mit der Golfkrise die Annäherung der Supermächte stattfand. Ohne den Prozeß der Wiedervereinigung, der Überwindung der Spaltung Deutschlands wäre dies übrigens nicht möglich gewesen. So tragisch die Entwicklung am Golf ist, zu den Hoffungszeichen unserer Zeit zählt es, daß die Zusammenarbeit der Supermächte ermöglicht wird, daß über all die ideologischen Grenzen hinweg Friede bewahrt wird.

Wir hoffen alle, daß der Friede bewahrt werden kann und es nicht zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommt. Nur gehört es auch zur Brutalität unserer Welt, daß Saudi-Arabien, wenn der Irak nicht mit Waffen, die abschreckende Wirkung haben, zurückgehalten worden wäre, bereits überrollt wäre.

(Abg. Hiersemann: Nachdem wir vorher den Irak ausgerüstet haben!)

– Herr Hiersemann, auch das zählt zu den komplizierten Realitäten dieser Zeit. Ich werde Ihnen gleich am Beispiel Saudi-Arabien aufzeigen, welches oberflächliche Gerede das ist.

(Abg. Langenberger: Die ganze Welt ausrüsten!)

Saudi-Arabien bekommt nicht von uns, sondern von den Amerikanern gegenwärtig oder in absehbarer Zeit erheblich Waffen. Die arabische Welt formuliert es als ihr eigenes Anliegen, daß sie selbst verteidigungsfähig wird, damit auch diejenigen, die sich jetzt vor dem Irak schützen möchten, nicht auf Hilfe von außen angewiesen sind. Deshalb muß man in der Konsequenz akzeptieren, daß Saudi-Arabien Waffen bekommt, wobei wohl Israel in dem Zusammenhang gemischte Gefühle hat.

(Abg. Kamm: Nicht nur gemischte Gefühle!
– Abg. Bäumer: Vielleicht wieder den Iran aufrüsten!)

– Entschuldigung, was ist denn die konkrete politische Alternative dazu?

(Abg. Bäumer: Gar nichts dahin liefern!)

– Herr Bäumer, gar nichts dahin liefern würde bedeuten, entweder die Amerikaner und die Verbündeten bleiben in der arabischen Welt, bis alle Spannungen beseitigt sind, oder sie geben diese Welt dem Irak preis. Das ist die schlichte Realität. Diese Wirkung aus dem Golfbereich spüren wir momentan gar nicht

am stärksten in den Industrieländern, sondern man spürt sie am meisten in den Entwicklungsländern. In Afrika haben schon die jetzigen Ölpreiserhöhungen katastrophale Folgen, während sie von uns mit unserem Wohlstand noch einigermaßen geschluckt werden können.

(Abg. Langenberger: Das ist der Fluch der bösen Tat; Sie merken gar nicht, daß Sie sich im Kreis bewegen, in einer Todesspirale!)

Meine Damen und Herren! Diese Wirklichkeit des Lebens zeigt,

(Zurufe – Abg. Langenberger: Sie merken doch, wie Sie sich im Kreis bewegen!)

daß wir uns hier keine Wunschwelt konstruieren können, daß diese Welt leider sehr komplex ist. Es steht den Deutschen gut an, bei Waffenexporten strengere Maßstäbe zu haben als alle anderen. Und ich sage noch einmal ausdrücklich: Wir stehen kompromißlos zu den Richtlinien, die in der Zeit der sozial-liberalen Koalition formuliert worden sind. Wir stehen dafür, daß kompromißlos diese rechtlichen Bestimmungen eingehalten und entsprechende Vergehen verfolgt werden. Wir stehen aber auch dafür, daß unbescholtene Menschen nicht aus Gründen des Wahlkampfes hier hemmungslos diffamiert werden.

(Beifall bei der CSU)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Vielen Dank, Herr Kollege Glück.

Ich möchte mehrere Anmerkungen machen.

(Schon wieder? bei der SPD – Abg. Hiersemann: Nicht schon wieder!)

– Doch, zur Geschäftsordnung.

(Frau Abg. König: Melden Sie sich zu Wort!
– Gegenruf von der CSU)

– Frau Kollegin König, Sie haben offenbar weniger Rechtskenntnis, als ich bei Ihnen bisher vorausgesetzt hatte.

(Heiterkeit bei der CSU)

Ich muß mich nicht zu Wort melden. Ich sage folgendes:

Erstens. Von den GRÜNEN sind vier Parlamentarier in dieser Sitzung, die alle vier sich durch Reden, Zwischenrufe und ähnliches hervortun.

(Frau Abg. Memmel: Wir wechseln uns immer ab!)

Ich stelle fest, daß dies nur dreien möglich ist, weil im Zwischenausschuß den GRÜNEN nur drei Stimmen zustehen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich bitte, sich daran zu halten. Das war der erste Punkt.

Zweitens. Beim heutigen Thema, meine Damen und Herren, das möchte ich mal dazwischen sagen, und so kurz vor der Wahl sind die Emotionen groß. Ich

(Vorsitzender Dr. Wilhelm)

bitte dennoch, sich so einzustellen, daß wir in ordentlicher parlamentarischer Gepflogenheit unsere Beratungen führen können. Leider muß man manchmal daran zweifeln.

Ich sage auch noch folgendes: Bei mir sind bisher drei Wortmeldungen eingegangen: Kamm, Dr. Frank, Müller. Zuvor hat sich Herr Minister Gerold Tandler gemeldet.

(Zuruf)

Staatsminister Tandler: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet, weil ich gefragt worden bin. Ich möchte versuchen, diese Fragen zu beantworten. Ich sage das deshalb, weil sich jemand darüber aufgeregt hat, daß ich schon wieder am Rednerpult stehe.

Erstens. Ich möchte darauf hinweisen, das habe ich auch vorher in meiner Rede schon nachdrücklich zum Ausdruck gebracht, daß wir selbstverständlich gegen illegale Exporte auf diesem Gebiet sind. Das sollte man doch außerhalb jeden Zweifels lassen.

Zweitens. Ich stelle noch einmal fest: Alle Vorgänge bewegen sich innerhalb der rechtlichen Grenzen, die durch Entscheidungen der Bundesregierungen in den Jahren 1972 und 1982 festgelegt worden sind. Wäre man damals anderer Meinung gewesen, hätte man andere Grenzen ziehen müssen. Ich weise darauf hin, daß diese rechtlichen Rahmenbedingungen in den Jahren 1989 und 1990 noch verschärft worden sind.

Ich sehe mich auch unter Berufung auf das Aktiengesetz, das Sie, Herr Bäumer, zitiert haben, Sie kennen es, nicht in der Lage, Ihnen Auskünfte über Abläufe von Aufsichtsratsitzungen zu geben.

(Abg. Bäumer: 93!)

– Sie wissen ganz genau, daß ich dazu nicht in der Lage bin.

(Abg. Bäumer: Nur bei Geschäftsgeheimnissen!)

Ich verweise auf meine Ausführungen, in denen ich festgestellt habe, daß ich in meiner Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglied von MBB und zuvor als Vorsitzender des Aufsichtsrates ebenso wie mein Vorgänger im Amt allen Verdächtigungen und Anschuldigungen, die gegen die Exportpraxis von MBB immer wieder erhoben worden sind, stets nachgegangen bin. Ich möchte hinzufügen, daß ich in der kurzen Zeit, in diesem einen Jahr als Vorsitzender des Aufsichtsrates, den damaligen Vorsitzenden der Geschäftsführung immer wieder gebeten habe, alles – ich betone: alles – offenzulegen, um der Staatsanwaltschaft die entsprechenden Untersuchungen zu ermöglichen und zu erleichtern. Er hat mir immer versichert, daß genau dieses geschehen sei; ich habe nicht ein einziges Mal davon gehört, daß Beschwerden am Platze gewesen wären, daß die Geschäftsführung oder ein

Mitarbeiter von MBB die Untersuchungen erschwert hätte.

Und ich sage Ihnen ganz offen: Ich habe auch überhaupt nichts dagegen einzuwenden, daß sich parlamentarische Gremien, von mir aus im Rahmen von Untersuchungsausschüssen, mit diesen Dingen beschäftigen, weil wir von seiten des Aufsichtsrats nichts, aber auch gar nichts, nicht das Allgeringste zu verbergen haben.

(Abg. Bäumer: Aber Zustimmungserfordernis des Staatsministers!)

Jetzt zur Rechtsgrundlage, warum der Herr Ministerpräsident und ich dem Aufsichtsrat von MBB angehören. Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, daß, solange die öffentliche Hand die Mehrheit der Anteile insgesamt hatte, an der Rechtmäßigkeit nicht der geringste Zweifel bestand. Ich habe die Rechtsabteilung des Finanzministeriums beauftragt, die Sache zu prüfen, und zwar nicht in bezug auf heute, sondern überhaupt. Wir haben ja auch die einmütig erhobene Forderung der Arbeitnehmervertreter, daß sich der Freistaat Bayern in keiner Weise aus seiner bisherigen Verantwortung für MBB zurückziehen solle.

(Abg. Alois Glück: Siehe Antrag betreffend das Werk in Donauwörth!)

– Ja, ich komme gleich auf dieses Thema.

Diese Forderung besteht in bezug auf den Aufsichtsrat.

(Zuruf)

– Wir können Beamte hinschicken, aber dann ist die Situation die, daß Bremen durch den Regierungschef, Hamburg bislang durch den Regierungschef, aber Bayern durch Beamte vertreten wäre.

(Abg. Bäumer: Dann muß man die Verfassung ändern, Herr Tandler!)

– Nein, man muß nicht die Verfassung ändern. Vielmehr ist nach Meinung der Juristen der überwiegende Einfluß des Staates auch dadurch gegeben, daß immer noch gut die Hälfte des Geschäftsvolumens bei MBB – ich habe vorher schon in meiner Rede darauf hingewiesen – aus militärischen Aufträgen resultiert, die im wesentlichen vom Bund in Auftrag gegeben werden. Dies gilt jetzt in besonderer Weise wieder – Sie mögen das bewerten, wie Sie wollen –, seit nach der Ausgliederung des Bereichs Airbus aus MBB auch die entsprechenden Aufträge, die dafür beispielsweise nach Donauwörth erteilt worden sind, als aus dem unmittelbaren Geschäftsbereich von MBB ausgegliedert angesehen werden müssen. Das ist die Realität: Der Hauptauftraggeber für MBB im militärischen Bereich ist der Bund.

(Abg. Bäumer: Das ist mir schon klar!)

Damit ist nach Meinung von Juristen auch in diesem Fall der überwiegende Einfluß des Staates gegeben.

(Lachen bei den GRÜNEN)

– Moment, lachen Sie nicht drüber!

(Staatsminister Tandler)

(Abg. Bäumer: Nein, Herr Tandler, das ist schön! Das gefällt mir! Das ist wenigstens erfindungsreich!)

– Erfindungsreich, so. Und anschließend behandeln wir dann einen Dringlichkeitsantrag der SPD, daß wir dafür sorgen sollen, daß die Umstrukturierung beispielsweise in Donauwörth für die Arbeitnehmer optimal gestaltet wird. Ich frage mich eigentlich, wie wir all den Forderungen und Wünschen nachkommen sollen, wenn andererseits gleichzeitig Beschränkungen gewünscht werden.

Ich sage Ihnen eines, Herr Hiersemann und Herr Bäumer, und zwar im Einvernehmen mit dem Herrn Ministerpräsidenten: Wir werden die Sache noch einmal eingehend prüfen, wenn sämtliche Umstrukturierungsmaßnahmen bei MBB abgeschlossen sind, was in nicht allzu ferner Zukunft der Fall sein wird.

(Abg. Bäumer: Erlauben Sie einen Zwischenruf?)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Herr Kollege, gestatten Sie – –

Staatsminister Tandler: Darf ich bitte den Gedanken zu Ende führen?

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Ja!

Staatsminister Tandler: Ich möchte gerade auf den Bereich Donauwörth noch eingehen.

(Abg. Hiersemann: Herr Tandler, der Ehrlichkeit halber sollten Sie sagen, daß wir die Forderung, daß Sie da rausgehen sollen, nicht aufgestellt haben!)

– Nein, das sage ich auch nicht.

(Abg. Hiersemann: Deswegen sind wir schlüssig in dem, was wir machen, auch in dem Antrag!)

– Ich habe das ja an diese Adresse hier gesagt.

(Zuruf)

Ich habe mich in der Sache Donauwörth bei verschiedenen Gelegenheiten mit der Geschäftsführung unterhalten und beraten.

(Zuruf)

– Ich bin der Meinung, daß man an dem Thema nicht vorbeigehen kann. Nachdem ein Dringlichkeitsantrag vorliegt,

(Zuruf: Aber der kommt doch noch!)

kann man nicht so tun, als ob dieser nicht existent wäre.

(Zuruf)

– Ich weiß, daß er kommt, soll ich nichts dazu sagen?

(Zuruf)

Es ist doch mit Sicherheit erwünscht, daß etwas dazu gesagt wird.

Mir ist immer versichert worden, nicht erst gestern abend, daß überhaupt nicht daran gedacht ist, in irgendeiner Weise die Zahl der Belegschaftsmitglieder in Donauwörth zu reduzieren. Allerdings steht eine Umorganisation der Produktionsstruktur an. Die ist auch notwendig, und wir sollten auch alle daran interessiert sein, daß diese auch so stattfindet, daß die dort vorhandenen Arbeitsplätze nach menschlichem Ermessen für lange Zeit garantiert sind. Sie alle wissen auch, daß wir uns trotz Dollarschwäche in der angenehmen Situation befinden, daß der Auftragseingang beim Airbus nach oben geht. Dies war ja die Forderung auch dieses Hohen Hauses angesichts der Fusionsverhandlungen und ihrer Ergebnisse, daß dafür Sorge getragen wird, daß bei solchen Entwicklungen entsprechende Fertigungspakete an die bayerischen Werke gelangen. Genau dies ist beabsichtigt, genau dies soll geschehen. Ob dann Donauwörth allein mit Airbus-Aufträgen ausgestattet wird oder – wie eine andere Variante es vorsieht – mit Airbus- und anderen Fertigungen, ist eine Entscheidung, die in absehbarer Zeit zu treffen sein wird. Das ist mir von seiten der Geschäftsführung auch zugesichert worden.

Übrigens: Angesichts der Zwischenrufe bezüglich der Tantiemen wissen Sie genausogut wie ich, daß der Begünstigte daraus die Bayerische Landesstiftung ist.

(Beifall bei der CSU – Abg. Bäumer: Lassen Sie mich meine Zwischenfrage noch stellen!)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Bitte sehr!

Staatsminister Tandler: Bitte!

Bäumer (DIE GRÜNEN): Herr Finanzminister, ich habe im Hinblick auf die von Ihnen vorgetragene Konstruktion, wie denn der wesentliche Einfluß des Staates gewährleistet ist, eine Frage: Wollen Sie, wenn sich, was ja allerorten auch von Ihnen propagiert wird, nämlich von der Rüstungsabhängigkeit wegkommen, durch geschickte Geschäftsführung bei MBB einstellt, dann an dem Tag, an dem MBB plötzlich 51 Prozent zivile Aufträge hat, automatisch ausscheiden, um hinterher, wenn diese wieder auf 48 Prozent zurückgegangen sind, wieder einzutreten, oder wie stellen Sie sich das vor?

Staatsminister Tandler: Keineswegs. Ich bin der Meinung, daß es so lange wichtig und richtig ist, daß Mitglieder der Staatsregierung im Aufsichtsrat vertreten sind, solange die Umstrukturierungsmaßnahmen durchgeführt werden und solange die gegenwärtige Situation besteht.

Man muß ja nicht alles 15mal wiederholen. Wir haben hier im Bayerischen Landtag im Zusammenhang mit den Fusionsverhandlungen in Berichten und dgl. mehr des öfteren gesagt: Wir hoffen, und zwar be-

(Staatsminister Tandler)

gründet, daß das Ausmaß an Rüstungsaufträgen am Gesamtgeschäft von MBB in den kommenden Jahren systematisch zurückgeht. Angesichts der guten konjunkturellen Entwicklung im allgemeinen und gerade der High-Tech-Bereiche im besonderen sind damit auch entsprechend realistische Hoffnungen verknüpft.

(Beifall bei der CSU)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Danke schön. Als nächster hat der Kollege Kamm das Wort.

(Unruhe – Glocke des Vorsitzenden)

Kamm (DIE GRÜNEN): Werte Anwesende! Zuerst ein Wort zu der Deutschland-Legende, die vorher Herr Staatsminister Tandler vorgetragen hat!

1985/86: Herr Schalck-Golodkowski machte Geschäfte mit Franz Josef Strauß. Franz Josef Strauß jettete in seinem Privatflugzeug nach Leipzig. Zu diesem Zeitpunkt, Herr Dr. Max Fischer, hatten viele von uns GRÜNEN Einreiseverbot in die DDR; wegen bekannter Friedensaktivitäten und „Ansteckungsgefahr“ wollte man uns drüben nicht haben. Dieser Herr Schalck-Golodkowski – mittlerweile ist bekannt, daß er ein Blutsauger ersten Ranges war – flüchtete dann aus der DDR nach Bayern. Und in Bayern haben ihn die Justizbehörden nicht behelligt. Warum wohl? Ich kann nur Vermutungen anstellen: Er wird wohl in einem Tresor eine Liste haben, auf der steht, welche Personen aus der Crème de la crème der bayerischen Wirtschaft oder auch Politik wie an Provisionsgeschäften beteiligt waren, als große Fleischberge aus der DDR hierher und Airbusse in die DDR verkauft worden sind. Das macht ihn offensichtlich in Bayern unangreifbar; das ist mehr wert als eine Division von Panzern. Soviel zu der deutschlandpolitischen Legende.

Unsere Bürger- und Menschenrechtsgruppen in der DDR haben gekämpft und sich bemüht. Sie aber haben zum gleichen Zeitpunkt mit den Leuten Geschäfte gemacht – was wir damals übrigens nicht verurteilt haben; „Wandel durch Handel“ haben wir durchaus für richtig gefunden. Aber heute so zu tun, als hätten Sie alles allein erreicht, das halte ich doch für sehr an der Sache vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu MBB selbst! Lassen Sie mich sagen, warum wir Ende August/Anfang September angesichts der Presseberichte im Grunde verzweifelt darüber waren, was ans Licht der Öffentlichkeit gekommen ist, weil wir sehen mußten, daß in Bayern doch verschiedene Sicherheitsnetze gegenüber der Öffentlichkeit dichthalten. Ein Zitat aus dem „Spiegel“ vom 24. September 1990:

Wochenlang mühten sich Bonns Diplomaten in Washington, die amerikanische Kritik an deutschen Rüstungslieferungen in den Irak abzuwehren. Dann gingen ihnen die Argumente aus.

In einem Eilvermerk\ baten sie am 7. September das Auswärtige Amt um „Weisung“, wie die Botschaft weitere Attacken parieren solle.

Das hat uns, nachdem wir schon seit Jahren auch hier im Bayerischen Landtag immer wieder über Rüstungsexporte von MBB gesprochen haben, dazu gebracht zu fragen: Wie können wir denn nur diesem Konzern nahekommen? Ich werde hinterher, Herr Tandler, noch zu der rechtlichen Seite einerseits und der ethischen Seite andererseits, die offensichtlich vielfach eine andere ist, etwas sagen.

Im September sind dann Mitglieder der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ MBB auf die Pelle gerückt. Die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb darüber:

Während die Firma

– MBB ist gemeint –

in einer „Information für die MBB-Mitarbeiter“ versichert, es habe „keine Waffenlieferungen“ für den Irak von MBB gegeben, verweist die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ auf „überlebende Augenzeugen“ irakischer Giftgaseinsätze gegen die kurdische Widerstandsbewegung. Dabei seien am 28. August 1988 MBB-Kampfhubschrauber beim Angriff der irakischen Streitkräfte auf die mit 3000 kurdischen und assyrisch-christlichen Flüchtlingen vollgestopfte Schlucht von Bazeh an der irakisch-türkischen Grenze beobachtet worden. Mit Ausnahme von 14 Personen seien damals alle Flüchtlinge mit Senf- und Nervengas getötet oder als Verletzte gemeinsam mit den Toten mit Benzin übergossen und verbrannt worden. Die Gesellschaft wirft MBB vor, „mit der derzeit barbarischsten Diktatur der Welt und ihrer Luftwaffe seit Jahren geschäftlich verbunden“ zu sein.

Das waren die Nachrichten, die uns in Aufruhr gebracht haben, und aufgrund dieser Nachrichten haben wir gesagt: Wir müssen im Bayerischen Landtag die Diskussion erzwingen, nachdem der Freistaat Bayern ja aus gesamtgesellschaftlichen Motiven seit vielen Jahren an MBB beteiligt ist, momentan etwas gringer als früher, seit die Firma Daimler-Benz eingestiegen ist.

Ich möchte aber auch etwas zu den weiteren Waffenexportgeschäften sagen, von denen in den Zeitungen zu lesen war, gerade auch für die Kolleginnen und Kollegen aus der CSU; die Staatsregierung blockt natürlich alles ab. Ich will Ihnen sechs Waffengeschäfte darstellen, die MBB noch vorgeworfen werden:

Erstens. Laut „stern“-Bericht vom Juli 1984 und dpa-Meldung vom 6. August 1984 wurden der Hubschrauber BO 105 und der Hubschrauber BK 117 an den Irak geliefert.

Zweitens. Via Frankreich – Firma Euromissile, an der, soweit ich weiß, die Firma MBB, in der Sie, Herr Staatsminister Tandler, Aufsichtsratsmitglied sind, zu 50 Prozent beteiligt ist – wurden Exocet-Raketen an den Irak geliefert.

(Unruhe – Glocke des Vorsitzenden)

Es ist bekannt, wir haben darüber im Plenum des Landtags gesprochen, daß Exocet-Raketen während

(Kamm [DIE GRÜNEN])

des Krieges Iran-Irak auf ein amerikanisches Kriegsschiff abgefeuert worden sind. Es ist auch bekannt, daß die Exocet-Raketen an Argentinien geliefert worden sind, von denen das englische Kriegsschiff Sheffield mit versenkt worden ist.

Drittens. In großen Stückzahlen wurde die Flak-Rakete „Roland“ über Euromissile an den Irak geliefert. Wenn es jetzt, wie zu befürchten ist, am Golf zum Krieg kommt, werden die amerikanischen, die französischen, die englischen, die italienischen Piloten damit rechnen müssen, daß ihnen Flak-Abwehrraketen Typ „Roland“, gefertigt im Verbund mit MBB, entgegenfliegen, sie abschießen, sie vernichten. Es sei denn, MBB macht wieder Geschäfte auf beiden Seiten, wie das wohl Tradition in diesem Haus ist, und liefert der Gegenseite die Rezepte, wie man sich gegen diese ihre Waffen schützen kann.

Viertens. Hot-Raketen.

Fünftens. Milan-Raketen.

Sechstens. Fuel-Air-Explosive-Waffe, von der gesagt wird, daß sie in kleinem Bereich die Druckwirkung einer Atomwaffe hat. Sie haben gesagt – man muß da auf die Worte achten –, es wurden weder die Waffe selbst noch Produktionsunterlagen geliefert. Ich vermute: MBB hat die Konstruktionsunterlagen geliefert. Da machen Sie sprachlich einen feinen Unterschied. Bis Anfang 1988, räumen Sie selbst ein, war MBB daran beteiligt.

Niemand sage bitte, man hätte nicht gewußt, wer dieser Saddam Hussein sei. Es war von früher bekannt, daß er die Opposition im Lande barbarisch unterdrückte, abschlachtete, daß er den Iran – ein Regime, das wir sicherlich nicht gewollt und das wir für sehr verbrecherisch gehalten haben – überfallen und daß er die Kurden vergast hat. Aber von MBB werden dem Irak mit diesem Mann an der Spitze die Waffen, die ich gerade aufgezählt habe, geliefert. Das ist ein Verbrechen, das wir anprangern müssen, das wir geißeln müssen, wie es nicht stärker geht.

Uns geht es im Kern darum, daß die Vertreter des Freistaates Bayern auf die Geschäftspolitik einwirken, wie es den ethischen Werten unserer Gesellschaft entspricht. Sagen Sie nicht, Sie seien verpflichtet, das alles zu tun! Anfang Februar stand in der Zeitung – das Beispiel sollte Ihnen zu denken geben –, daß eine amerikanische Tochterfirma des Chemiekonzerns Bayer Leverkusen sich geweigert hat, der amerikanischen Regierung bestimmte Chemieprodukte zu liefern, da diese Chemieprodukte auch und gerade zur Erzeugung von Giftgas, von Kampfgas benutzt werden sollten. Die Tochterfirma des Konzerns Bayer, der im zweiten Weltkrieg bei der Vergasung von Juden schlimmste Verbrechen mitbegangen hatte, hat die Lehre daraus gezogen und es abgelehnt, mit Chemielieferungen an die amerikanische Regierung zur Giftgasproduktion beizutragen.

Das ist es, was wir von Ihnen, Herr Tandler, und den anderen Mitgliedern im Aufsichtsrat von MBB wollen. Wir wollen, daß Sie auf die Geschäftspolitik von MBB

so einwirken, daß man sich sagt: Die ethischen Werte in unserer Gesellschaft sind so, daß unser Land an verbrecherischen Rüstungsexportgeschäften sich nicht beteiligt.

Sie sagen, es ist alles gesetzlich. Sie haben es im Landtag mehrfach gesagt. Offensichtlich haben Sie das Außenwirtschaftsgesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz aber so konstruiert, daß Schlupflöcher geblieben sind, solche Dinge zu tun. Es war für mich geradezu lachhaft, Ende August in den Zeitungen zu lesen, daß die Bundesregierung jetzt den Verfassungsschutz darauf ansetzen wolle, illegale Waffenexporte zu unterbinden. Ich habe mir nur gedacht: Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung sitzen doch schon im Aufsichtsrat von MBB. Wozu braucht man da noch Verfassungsschutz? Das kann man doch in Amtshilfe machen. Nein, meine Damen und Herren, Sie müssen sich leider schon zurechnen lassen und sich schuldig bekennen, daß Sie Ihren Schirm über diese Waffenexportgeschäfte gehalten haben.

Für uns GRÜNE ist unerträglich, daß einerseits in der Zeit, als Max Streibl Aufsichtsratsvorsitzender von MBB war, alle diese schlimmen Waffenexporte getätigt wurden, andererseits aber Max Streibl jetzt im Wahlkampf in einer unerträglichen Weise gegen Asylbewerber hetzt. Sieht er denn nicht den Zusammenhang zwischen diesen Waffenexporten in die Dritte Welt einerseits und den Fluchtbewegungen der Menschen, die aus der Dritten Welt zu uns kommen, andererseits?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist unerträglich, mit Waffenexporten Geld zu verdienen, gleichzeitig aber gegen Asylbewerber unbarmherzig, unchristlich, unmenschlich vorzugehen.

(Zuruf: Reden Sie keinen solchen Schmarren!
– Weiterer Zuruf des Abg. Widmann)

– Herr Widmann, haben Sie vielleicht gehört oder gelesen, was der Provinzial des Jesuitenordens vor einer Woche zur bayerischen Asylpolitik gesagt und geschrieben hat? Aber Jesuiten zählen bei Ihnen auch nichts mehr. Ich weiß, daß auch sie für Sie störend sind, wenn Sie Ihre schlimmen Geschäfte machen wollen.

Wir GRÜNEN bringen heute einen Entschließungsantrag ein, den ich Ihnen am Schluß meiner Rede vorstellen will:

Entschließung

Der Bayerische Landtag verurteilt die Waffenexporte des Rüstungskonzerns Messerschmitt-Bölkow-Blohm in Spannungsgebiete, insbesondere an den Irak.

Der Bayerische Landtag ist bestürzt über das Versagen der Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung im Aufsichtsrat der Firma MBB, insbesondere der ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden Max Streibl und Gerold Tandler, die diese Waffenexporte gemäß § 111 Abs. 4 Satz 2 Aktiengesetz hätten verhindern können und dies nicht getan haben.

(Kamm [DIE GRÜNEN])

Der Bayerische Landtag fordert die Mitglieder der Staatsregierung auf, ihre Aufsichtsratsmandate bei der Firma MBB unverzüglich niederzulegen,

(Unruhe – Glocke des Vorsitzenden)

da der überwiegende Einfluß des Staates auf dieses Unternehmen gemäß Artikel 57 der Bayerischen Verfassung nicht mehr gegeben ist.

(Abg. Diethel: Unerhörte Behauptung!)

Der Bayerische Landtag ist erschüttert darüber, daß auch moderne Waffensysteme aus Bayern

(Zurufe: Kriminell! Reine Lüge!)

den irakischen Diktator Saddam Hussein –

(Zuruf des Abg. Diethel)

– Herr Diethel, jetzt seien Sie bitte einmal ruhig! Ich wiederhole den Satz:

Der Bayerische Landtag ist erschüttert darüber, daß auch moderne Waffensysteme aus Bayern den irakischen Diktator Saddam Hussein in die Lage versetzt haben, den Weltfrieden zu stören und zu gefährden. Der Bayerische Landtag stellt fest, daß durch diese Waffenexporte dem Ruf Bayerns und der Bundesrepublik Deutschland in der Welt schwerer Schaden zugefügt worden ist. Der Bayerische Landtag versichert, künftig mit größter Entschlossenheit alles in seiner Macht Stehende zu unternehmen, um derartige Rüstungsexporte zu verhindern.

Ich bitte Sie, anschließend diesem Entschließungsantrag unserer Fraktion zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Als nächster hat das Wort der Kollege Dr. Frank. Dann habe ich auf der Liste noch den Kollegen Müller. Darf ich fragen, ob weitere Wortmeldungen kommen werden?

(Zuruf: Abwarten! und weitere Zurufe, u. a.
Abg. Bäumer: Man weiß ja nie!)

Herr Kollege Frank!

Dr. Frank (CSU): Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube nicht, Herr Kollege Kamm, daß Sie in der Lage und befugt sind, sich und Ihre Partei zum Maßstab für die Moral unserer Gesellschaft zu machen.

(Beifall bei der CSU – Abg. Kamm: Stimmt!
Das kann eine Partei wirklich nicht, da haben Sie recht!)

Was Sie soeben geboten haben, war meines Erachtens zutiefst unmoralisch, weil Sie unbescholtene Persönlichkeiten diffamiert haben.

(Beifall bei der CSU – Unruhe – Glocke des Vorsitzenden)

Meine Damen und Herren, wer angreift, ist letzten Endes beweispflichtig. Den Beweis für die Behauptungen, die Sie dem „Spiegel“ und anderen Medien ent-

nommen haben, wollten Sie dadurch erbringen, daß Sie einen Bericht der Staatsregierung erbeten haben. Dieser Bericht wurde Ihnen gegeben, und der Bericht hat folgende Fakten gezeigt:

Erstens. MBB hat an den Irak kein Giftgas geliefert. Zweitens. MBB hat an den Irak keine neuartige Bombe geliefert. Drittens. MBB hat an den Irak keine neuartigen Raketen geliefert, und viertens hat MBB an den Irak keine Kampfhubschrauber geliefert. Angefangene, aber nicht zu Ende geführte Projektstudien sind ebenfalls in keiner Weise soweit gediehen gewesen, daß hier von illegalen Lieferungen hätte gesprochen werden können. Bis jetzt wurde keine Straftat festgestellt, und ich habe das Vertrauen in unsere Staatsanwaltschaften und ihre Objektivität, daß das, was bisher ermittelt wurde, auch Tatsache ist. Solange Ermittlungen noch nicht ganz abgeschlossen sind, ist das Szenario hier lediglich dazu geeignet, einen noch nicht ermittelten Tatbestand – wie das bei Ihnen vor Wahlen üblich ist – zum Anlaß zu nehmen, Nebelgranaten zu werfen, die Sie offensichtlich bei MBB geklaut haben.

(Lachen der Frau Abg. Memmel – Abg.
Kamm: Jetzt hat er einen Bock geschossen!)

Was wollen die GRÜNEN denn wirklich? Ich bin überzeugt davon, daß sie nicht nur Rüstungsexporte, sondern auch die Bundeswehr abschaffen und die Rüstungsindustrie insgesamt aufgeben wollen. Wenn man dabei von Moral spricht, muß man sich auch einmal den sozialen Aspekt solcher Forderungen vor Augen führen. Auch Herr Kollege Hiersemann hat darauf hingewiesen, daß das Aufgeben und Umstrukturieren der Rüstungsindustrie natürlich soziale Aspekte hat, die wir kurz beleuchten sollten.

Die positiven Vorgaben von Entspannung und Abrüstung haben bereits in den letzten Jahren zu einer ständigen Abnahme der militärischen Aufträge und zu einer Umstrukturierung der Rüstungsindustrie auf zivile Güter oder auf sogenannte „Dual-use-products“ geführt.

(Abg. Kamm: Stimmt statistisch aber nicht!)

Das führt aber dann auch notwendigerweise zu einer verstärkten internationalen Kooperation; denn wenn die Verteidigungsbereitschaft aufrechterhalten werden muß, ist die Herstellung der teuren Waffensysteme, die dazu notwendig sind, auf mehrere Schultern zu verteilen. Die Rüstungsindustrie – auch davon bin ich überzeugt – hat mit dazu beigetragen, daß unsere Bundeswehr ihren Auftrag im Rahmen der NATO als Friedenssicherungsauftrag erfüllen konnte. Genauso bin ich davon überzeugt, daß letztendlich die Entspannung zwischen Ost und West mit ein Verdienst der Bundeswehr und der Rüstungsbereitschaft unserer Bundesrepublik war. Wer in einem solchen Zusammenhang davon spricht, daß Rüstungsindustrie oder gar – wie es schon hieß – Soldaten potentielle Mörder seien, disqualifiziert sich selbst.

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Herr Kollege Frank, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Kamm? –

Kamm (DIE GRÜNEN): Herr Dr. Frank, ist Ihnen die Überschrift im Wirtschaftsteil der Süddeutschen Zeitung vom 25. Juli dieses Jahres „Bei MBB gewinnt Militärtechnik an Gewicht“ bekannt?

Dr. Frank (CSU): Herr Kollege Kamm, wenn Sie zugehört hätten, hätten Sie erkennen können, daß ich ganz allgemein von der Rüstungsindustrie in unserem Lande gesprochen habe. Außerdem können Sie wirklich nicht die Umstrukturierungen, die sich ergeben, wenn man zivile Produktion aus einem Betrieb herausnimmt, zum Anlaß nehmen zu sagen: Der Rüstungsanteil nimmt zu. Das ist doch unlauter bis zum letzten!

(Beifall bei der CSU)

Vielfach stellt die Rüstungsindustrie bei uns sogenannte Mehrfachprodukte her, die sowohl zivilen als auch militärischen Zwecken dienen können. Entsprechend schwierig ist hier natürlich die Zuordnung. Einem Bericht des Arbeitskreises „Wirtschaftliche Auswirkungen der Rüstungsbeschränkungen einschließlich des Truppenabbaus“ an die Wirtschaftsministerkonferenz vom 18. und 19. September dieses Jahres sind folgende Zahlen zu entnehmen, die deutlich die Probleme aufzeigen, die bei der Umstrukturierung entstehen können:

Der Umsatz der Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik betrug 1989 etwa 24,4 Milliarden DM. Davon entfielen ungefähr 20 bis 25 Prozent auf Bayern. Insgesamt entfallen auf Bayern 33,6, auf Baden-Württemberg 18 und auf Nordrhein-Westfalen 15,6 Prozent der Aufträge. Deshalb vermag ich die Zahl, die Herr Kollege Hiersemann genannt hat, anhand des mir zugänglichen Zahlenmaterials nicht zu bestätigen. Auf das Bruttosozialprodukt bezogen liegt Bayern mit einem Anteil von drei Prozent an der Rüstungsindustrie bundesweit an vierter Stelle. Wer also von „Rüstungsschmiede“ spricht, sollte die Dinge doch etwas differenzierter betrachten.

Im ehemaligen Bundesgebiet sind 252 000 Personen in der Rüstungsindustrie beschäftigt, was einem Anteil von 3 Prozent aller Beschäftigten entspricht. In Bayern sind es 70 000, was einem Anteil zwischen 5 und 7 Prozent entspricht. Allerdings darf die Umschichtung dieser Arbeitsplätze nicht im Hauruck-Verfahren vonstatten gehen, sondern muß möglichst so erfolgen, daß keine Friktionen entstehen. Bruchartige Reduktionen der Rüstungspotentiale – Kollege Tandler hat darauf hingewiesen – hätten für die Arbeitsplätze bei uns verheerende Wirkungen.

(Abg. Weber: Also produzieren wir weiter!)

– Das hat nichts mit „produzieren wir weiter“ zu tun. Wir sind dabei umzustellen, und wir werden auch weiterhin umstellen, wir werden aber nicht über Nacht – so wie es im Antrag der GRÜNEN steht – auf Null herunterfahren und die Menschen ihrem Schicksal überlassen können. Dann kommen Sie nämlich wieder mit irgendwelchen Staatsprogrammen, die dazu dienen sollen, diese Menschen wieder in Arbeit und Brot zu setzen.

Bis zu einem gewissen Grad wird der Rüstungsrückgang auch weitergehen. Allerdings wird er nie auf

Null heruntergefahren werden können; denn eine gewisse Verteidigungsbereitschaft werden wir immer brauchen, sei es nun im nationalen oder im internationalen Bereich. Es darf nämlich nicht passieren, was schon einmal passiert ist, daß durch mangelnde Wachsamkeit und mangelnde Wehrhaftigkeit Diktatoren das tun können, was sie glauben, den Menschen antun zu müssen. Wir haben schon einiges an Leid erfahren müssen, weil andere nicht rechtzeitig wachsam und wehrhaft gewesen sind.

(Abg. Kamm: Die Deutschen müssen wachsam sein!)

– Und deshalb werden auch wir, Herr Kamm, in Zukunft Bundeswehr und Verteidigungsbereitschaft brauchen; denn es hat sich gezeigt, daß der Friede wirklich nur von wehrhafter Demokratie verteidigt und erhalten werden kann.

(Abg. Kamm: Dafür braucht es Demokraten!)

– Herr Kamm, wenn Sie meinen, daß wir keine Demokraten seien, Sie dagegen welche sind, muß ich Sie schon fragen: Wo waren Sie denn, als es darum ging, die Einheit Deutschlands herzustellen? – Sie, die GRÜNEN bei uns, haben dazu nichts beigetragen.

(Beifall bei der CSU – Abg. Kamm: Da klatscht sogar der Herr Glück, der kennt die Geschichte anders!)

Vorsitzender Dr. Merkl: Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Müller!

Müller Karl Heinz (SPD): Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will nur einige kurze Anmerkungen zum Redebeitrag des Kollegen Glück und zu den Äußerungen des Herrn Finanzministers und der Frau Justizministerin machen.

Herr Kollege Glück, auslösendes Moment für die Beantragung dieser Sitzung war die auch von Herrn Staatsminister Tandler zitierte Presseerklärung von MBB vom 24. September 1990. Dort hat MBB bekanntlich erklärt; ich zitiere wörtlich:

Der „Spiegel“ läßt bei seinen Vorwürfen unberücksichtigt, daß die genannten Lieferungen im Zeitraum des irakisch-iranischen Kriegs erfolgten.

Herr Kollege Glück, Sie wollen Beweise. Gibt es eigentlich einen stärkeren Beweis als ein Geständnis des Betroffenen? Im Klartext heißt das doch – und nur so macht die Presseerklärung einen Sinn –, daß die Firma MBB während einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen dem Iran und dem Irak Waffen, und zwar in großem, erheblichem Umfang – ich brauche Ihnen nicht mehr zitieren, wieviel das war – geliefert hat. Nach den Behauptungen der Firma MBB in ihrer Presseerklärung heißt das doch mit anderen Worten, daß dieser Rüstungsexport legal gewesen sei, weil er offensichtlich von der derzeitigen Bundesregierung gebilligt worden ist und für ein kriegführendes Land bestimmt als vertretbar und außenpolitisch nützlich erachtet worden ist. Etwas anderes

(Müller Karl Heinz [SPD])

kann man doch dieser Presseerklärung nicht entnehmen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das heißt also: MBB erklärt durch diese Presseverlautbarung, daß möglicherweise von der Bundesregierung signalisiert wurde oder daß gar eine ausdrückliche Genehmigung vorlag, diese Waffen in ein kriegführendes Land zu exportieren. Dieser Export ist aber, Herr Kollege Glück, nach dem ausdrücklichen Wortlaut des Kriegswaffenkontrollgesetzes dann untersagt, wenn die Waffen für friedensstörende Handlungen geliefert werden. Also frage ich Sie: Warum werfen Sie uns vor, wir wollten eine Show abziehen und Wahlkampf machen? Nein, wir wollten von der Staatsregierung wissen, wie sie das Eingeständnis der Firma MBB, in ein kriegführendes Land Waffen geliefert zu haben, zu rechtfertigen vermag und, Frau Staatsministerin, was die Staatsanwaltschaft zu diesem Geständnis zu sagen hat. Leider Gottes sind Sie heute die Antwort schuldig geblieben. Dazu haben Sie nicht das Geringste gesagt. Wir warten immer noch auf Ihre Antwort.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es geht also, meine Damen und Herren, um ein Thema, das viele Menschen – Sie wissen das genauso gut wie ich – nicht nur in unserem Land, sondern weit über die Bundesrepublik Deutschland hinaus bewegt. Sie wissen, daß derzeit das Verhältnis zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem Kongreß nicht ohne Konflikte ist. Sie wissen, daß Senator Jesse Helms im amerikanischen Kongreß eine Liste vorgelegt hat, die ganz oben die Firma MBB enthält, aber es sind auch andere bayerische Firmen darunter, die Waffen geliefert haben.

Meine Damen und Herren, versuchen Sie sich einmal vorzustellen, was in der amerikanischen Öffentlichkeit und Politik – was Gott verhüten möge – passieren würde, wenn der erste, am Golf zu Tode gekommene amerikanische Soldat in die USA überführt wird und sich herausstellt, daß er durch eine Waffe ums Leben gekommen ist, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammt. Stellen Sie sich das einmal vor! Sie alle wissen, daß der Zwei-plus-vier-Vertrag der Ratifikation durch den amerikanischen Kongreß und die Parlamente der anderen beteiligten Staaten bedarf. Deshalb sage ich Ihnen: Wenn wir uns hier und heute und in dieser Zeit nicht eindeutig von den Praktiken einer Firma, in der der bayerische Staat ein maßgebliches Mitspracherecht hat, distanzieren, werden wir die Reaktionen zu spüren bekommen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dies wäre nicht nur dem Freistaat Bayern abträglich, sondern würde der Bundesrepublik Deutschland in hohem Maße schaden.

Nun berufen sich der Herr Staatsminister und Sie, Herr Glück, auf die Vertragssituation und loben die europäische Kooperation in den höchsten Tönen. Gegen die europäische Kooperation ist nichts einzuwenden; auch wir sind für die europäische Koopera-

tion; aber, meine Damen und Herren von der CSU: Kooperation ist das eine, Kumpanei zu Lasten Dritter ist das andere.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir haben den Eindruck, der sich verstärkt, je mehr Äußerungen aus dem Bereich der Bayerischen Staatsregierung bekannt werden, daß hier eine unglückselige Kumpanei langsam immer mehr um sich greift, frei nach dem Motto: „Es ist gleichgültig, womit ich mein Geld verdiene, Hauptsache, ich verdiene es!“

Wir können doch einfach die Augen nicht davor verschließen, daß der Irak über die Kooperation mit Frankreich und mit anderen Ländern mit modernsten deutschen Waffensystemen beliefert worden ist. Am 27. Januar 1989 fand im Deutschen Bundestag eine eingehende Debatte über die beabsichtigte Tornado-Lieferung an Jordanien statt. Damals wurde interfraktionell vereinbart, die Probleme der Rüstungs Kooperation miteinander einer Lösung zuzuführen. Sie, meine Damen und Herren von der CSU, haben dieses gemeinsame Bemühen boykottiert und sind bis heute die Antwort auf Vorschläge der Sozialdemokraten schuldig geblieben, diese europäische Kooperation zu beenden, um sicherzustellen, daß nicht wieder der Name Deutschlands im Zusammenhang mit kriegerischen Auseinandersetzungen, mit Not, Tod und Elend von vielen Millionen Menschen in der Weltöffentlichkeit genannt wird. Es wäre fatal, darauf zu warten, bis uns der nächste Skandal ins Haus steht.

Herr Kollege Dr. Frank, Sie sagten, man sei dabei, umzustrukturieren. Wenn man den Geschäftsbericht der Firma MBB für das Jahr 1989 liest, muß man aus bayerischer Sicht über den industriepolitischen Flurschaden, den der Rüstungsmoloch Daimler-MBB inzwischen angerichtet hat, geradezu erschüttert sein.

(Zuruf des Abg. Alois Glück)

– Ja, Herr Kollege Glück, hören Sie jetzt auch einmal zu, Sie sind ja sonst immer gleich so schulmeisterlich.

(Abg. Alois Glück: Ich höre mehr zu als Sie!)

Vor allem die Ausgliederung des zukunftssträchtigen MBB-Bereichs Transport- und Verkehrsflugzeuge nach Hamburg wirkt sich für die bayerischen MBB-Standorte – wir werden nachher noch darauf zurückkommen – geradezu verhängnisvoll aus. Der Verlust von 15 Prozent Exportanteil, insbesondere der rückläufige Tornado-Umsatz – in den sonstigen Geschäftsbereichen minus 65 Prozent – und der zugleich von 46 auf 55 Prozent erhöhte militärische Umsatzteil – so der Geschäftsbericht für das Jahr 1989, Herr Kollege Dr. Frank – zeigen doch ganz eindeutig die Richtigkeit unserer von Anfang an geäußerten Befürchtungen, daß Bayern immer chancenloser wird und immer mehr auf der Rüstungsproduktion sitzenbleibt. Darum unsere Forderung, in die Rüstungskonversion einzusteigen.

Meine Damen und Herren, Sie sagen, dies sei alles letzten Endes Wortgeklingel, Wahlkampfgetöse und sonst nichts.

(Müller Karl Heinz [SPD])

(Abg. Alois Glück: Ehrabschneiderei ist das in meinen Augen!)

– Ehrabschneiderei. Meine Damen und Herren, wir haben ein längeres, mehrstündiges Gespräch mit Betriebsräten geführt und die Problematik dort sehr eingehend erörtert. Wir sind auf keinerlei Widerspruch, sondern im Gegenteil auf Zustimmung und Belege gestoßen, daß sich gerade die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten immer wieder bemüht haben, den Konzern rechtzeitig darauf hinzuweisen, daß es notwendig ist, sich andere Standbeine außerhalb der Rüstung zu suchen, und wie gefährlich das Spiel mit den Rüstungsexporten ist. Leider Gottes sind sie nicht gehört worden. Auch das ist eine Tatsache, auf die zur Ehre der Arbeitnehmervertreter hingewiesen sei.

Meine Damen und Herren, mit einem gewissen Tremolo stellen Sie einen Zusammenhang zwischen der deutschen Wiedervereinigung und den Rüstungsexporten in den Irak her.

(Abg. Alois Glück: Unverschämtheit!)

– Herr Kollege Glück, der Herr Kollege Tandler hat von Anfang an gesagt, wie wichtig es sei – bitte lesen Sie das nach –, daß solche Rüstung bei uns produziert und auch exportiert wird, wie Sie dann noch gesagt haben, denn ohne Kooperation können wir unsere Bundeswehr nicht mehr ausstatten, und weil wir unsere Bundeswehr ausstatten müßten, hätten wir die Wiedervereinigung gekriegt. Das war genau Ihre Argumentationslinie, Herr Kollege Glück. Stehlen Sie sich jetzt nicht davon!

(Abg. Alois Glück: Jeden Anstand verloren da herinnen!)

– Was Anstand ist, definieren Sie, Herr Kollege Glück. Das sind wir schon gewöhnt. Nur können wir den Anstand, den Sie vertreten, beim besten Willen nicht billigen, meine Damen und Herren!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie sollten sich zumindest eines vor Augen halten: Beim Gottesdienst am 3. Oktober hat der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Herr Lehmann, von der Kanzel in Ost-Berlin herunter gesagt, es sollte schon allmählich nachdenklich stimmen, daß nun Waffen – Perversion des Denkens –, die man an andere geliefert hat, gegen einen selbst gerichtet werden. Wenn Ihnen das, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht zu denken gibt, ist wirklich Hopfen und Malz verloren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Danke schön, Herr Kollege Müller. Meine Damen und Herren, die Sitzung bewegt sich schön langsam ihrem Ende entgegen. Wir haben noch Anträge zu verbescheiden.

Jetzt habe ich eine Wortmeldung des Herrn Staatsministers Tandler und dann eine kurze Erklärung – wie er selbst sagt – von Herrn Kollegen Bäumer. Bitte, Herr Minister!

Staatsminister Tandler: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muß jetzt noch etwas sagen, weil ich einige Behauptungen, die Herr Kollege Müller in den Raum gestellt hat, nicht unkommentiert stehenlassen kann.

Zunächst einmal zur Entwicklung von zivilen und militärischen Produktionsanteilen in Umsatzprozenten bei MBB:

Im Jahre 1981 lag der militärische Anteil bei 60, der zivile bei 40 Prozent. Im Jahre 1988 war der militärische Anteil von 60 auf 46 Prozent abgesunken, der zivile auf 54 Prozent gestiegen. Wenn jetzt durch die Ausgliederung der 80prozentigen Tochter Deutsche Airbus AG aus dem Konzernumsatz, die, wie Sie alle wissen, aus haftungsrechtlichen Gründen vorgenommen worden ist, statistisch eine andere Umsatzstruktur entsteht, dann hat sich doch im Gesamtverbund des Unternehmens an der Entwicklung im Grundsatz nichts geändert, im Gegenteil: Auch im laufenden Jahr 1990 ist durch das Hochlaufen des Airbus der zivile Anteil weiter gestiegen. Das ist die Realität. Was Sie, Herr Müller, hier vortragen, ist dagegen falsch.

(Abg. Karl Heinz Müller: Ich habe aus dem Geschäftsbericht 1989 zitiert!)

– Sie kennen den Geschäftsbericht 1989 mit den Modifikationen gegenüber 1988 sehr genau. Andernfalls würden Sie mich sehr enttäuschen. Deshalb bin ich auch darüber enttäuscht, daß Sie einseitig argumentieren.

(Abg. Kamm meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Wollen Sie eine Zwischenfrage stellen? – Bitte sehr!

Kamm (DIE GRÜNEN): Herr Staatsminister Tandler, erinnern Sie sich, daß wir bei der Diskussion um das Zusammengehen von Daimler-Benz und MBB immer davor gewarnt haben, daß durch die von Ihnen favorisierte Neustrukturierung der zivile Teil in den Norden geht und der militärische Teil konzentriert hier in Bayern bleibt?

Staatsminister Tandler: Wenn Sie vorher aufmerksam zugehört hätten, müßten Sie sich daran erinnern, daß ich darauf hingewiesen habe, daß wir gerade in Donauwörth dabei sind, Strukturen zu schaffen, die Sie für wünschenswert halten.

Nächste Bemerkung. Herr Müller, vielleicht könnten Sie zuhören, da meine Antwort für Sie eine wichtige Information sein kann und Sie sich nicht so sorgenumwölkt hier hinstellen und darüber dann klagen müssen, daß wir auf unseren militärischen Anteilen sitzenbleiben.

Das Bruttosozialprodukt, das in Bayern im Jahr 1989 erzielt worden ist, hat die beachtliche Größenordnung von 400 Milliarden DM erreicht. Bei einem realen Wachstum von 5,5 Prozent und bei einem nominalen Wachstum von 7 oder 7,5 Prozent in diesem

(Staatsminister Tandler)

Jahr können wir uns also ausrechnen, wie es in diesem Jahr entsprechend weiter nach oben gehen wird.

Bei einer Gesamtwertschöpfung von 402,8 Milliarden DM Bruttosozialprodukt im Freistaat Bayern im vergangenen Jahr 1989 hat der teilweise um den Airbus-Anteil reduzierte Umsatz bei MBB 6,27 Milliarden DM betragen. Ich habe Ihnen vorhin gesagt, daß davon 55 Prozent militärisch waren. Diese 55 Prozent haben genau 3,45 Milliarden Umsatz ausgemacht. In Relation zur Gesamtwertschöpfung in Bayern ergibt sich daraus ein Prozentsatz, mit dem wir uns durchaus sehen lassen können. Wenn man dann von diesen 3,45 Milliarden DM Umsatz noch abzieht, was an Aufträgen für die deutsche Bundeswehr und die NATO-Verbündeten geliefert worden ist, wird doch deutlich, daß der Teil, der Export im eigentlichen Sinn darstellt, außerordentlich geringfügig ist.

Ich lasse auch nicht zu, daß meine Darlegungen umgedreht werden. Sie können nämlich nicht behaupten, ich hätte meine Rede damit begonnen, die Rüstungsk Kooperationen zu preisen. Vielmehr habe ich am Anfang meiner Rede bedauert, was derzeit am Golf stattfindet. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CSU)

Ich muß Ihnen eines sagen: Wer ja zur Verteidigungsbereitschaft in der Bundesrepublik Deutschland sagt, muß auch bereit sein – –

(Abg. Karl Heinz Müller: Waffen in Spannungsbereiche zu exportieren!)

– Nein, arbeiten Sie doch bitte nicht dauernd mit diesen Unterstellungen! So empörend wie Sie und Herr Hiersemann sind, könnten wir durchaus auch sein. Das ist eine glatte Unterstellung. Wofür ich mich eingesetzt habe und weiterhin einsetzen werde, das ist, daß eine gewisse militärische Fertigung in unserem Lande nach wie vor stattfindet, weil wir auch in Zukunft eine entsprechende Verteidigungsbereitschaft und Verteidigungsfähigkeit benötigen. Das ist die Realität!

(Beifall bei der CSU)

Im übrigen versichere ich noch einmal – ich habe das schon eingangs gesagt, und wenn Sie das nicht zur Kenntnis nehmen wollen, muß ich Sie der Unwahrscheinlichkeit zeihen –, daß wir alle gemeinsam der Auffassung sind,

(Abg. Karl Heinz Müller: Sind Sie vorsichtig!)

daß sich außerhalb der Legalität nichts bewegen darf. Nehmen Sie also bitte nochmals zur Kenntnis, daß die Grenzen, innerhalb derer sich MBB und andere legal bewegen, von der von Ihnen mitgetragenen Bundesregierung in den Jahren 1972 und 1982 gesetzt worden sind. Es war die Regierung Kohl-Genscher, die diese Rahmenbedingungen mit unserer Billigung in den Jahren 1989 und 1990 sogar noch verschärft hat. Nehmen Sie also zur Kenntnis, daß Ihre Regierung die Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich MBB bewegt, zu verantworten hat.

(Beifall bei der CSU)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Danke schön. Das Wort hat der Kollege Bäumer.

Bäumer (DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich nur einige juristische Ausführungen machen, werde aber nun noch mit zwei Sätzen auf das, was Herr Staatsminister gerade gesagt hat, eingehen.

Herr Staatsminister, ich habe mir Ihre Ausführungen noch einmal durchgelesen. Sie selbst haben im Kontext der Fragestellung „Was ist der Hintergrund für die Waffenlieferungen von MBB an den Irak – direkt oder indirekt“ immer wieder Ausführungen gemacht, wie wichtig die wehrtechnische Entwicklung sei. In diesem Kontext ist das nicht anders zu verstehen als in dem Sinne: Wir brauchen die Wehrtechnik, wir brauchen die Erprobung. Sonst hätten Sie das hier nicht sagen können. Es war nicht Thema, ob MBB überhaupt produzieren soll. Darüber kann man an anderer Stelle einmal reden. Wenn es denn also aus Ihrer Sicht ein Mißverständnis gewesen sein sollte, dann haben Sie selbst mit Ihrer Rede dazu den Grundstein gelegt.

(Abg. Karl Heinz Müller: So ist es!)

Jetzt will ich aber zu dem, was ich eigentlich tun wollte, kommen, nämlich zu den juristischen Aspekten, denn ich habe mir die Mühe gemacht, in den Kommentaren nachzulesen. Zwar sind die juristischen Begründungen, die gebracht werden, erfindungsreich, decken sich aber nicht mit dem Kommentar *Nawia sky*, auf den Sie sich meistens beziehen. Da steht ausdrücklich drin:

Bei Einflußmöglichkeiten des Staates, die lediglich auf einer tatsächlichen wirtschaftlichen Abhängigkeit des Unternehmens vom Staat beruhen, etwa Lieferung eines Großteils der Produktion an den Staat, wird in der Regel ein überwiegender Einfluß des Staates auf die Willensbildung des Unternehmens nicht als sichergestellt zu erachten sein, da einmal die Interessen des Unternehmens an der Erzielung eines hohen Gewinns denen des Staates als Abnehmer der Leistung zuwiderlaufen und da sich weiter das Unternehmen von solchen wirtschaftlichen Bindungen aufgrund einer Willensentschließung zu lösen vermag.

M e d e r geht noch viel weiter und sagt: Das ist insgesamt ganz eng auszulegen; es gibt fast gar keine Möglichkeit, wenn nicht die kapitalmäßige Mehrheit da ist.

Herr Finanzminister, aufgrund dieser sehr deutlichen Aussagen kann ich Sie nur auffordern, das Aufsichtsratsmandat niederzulegen. Das gilt vor allen Dingen auch für den Herrn Ministerpräsidenten. Ansonsten muß Ihnen eben der Bayerische Verfassungsgerichtshof erklären, daß diese Notwendigkeit besteht.

Die Situation für die Länder *B r e m e n* und *H a m b u r g* ist eine ganz andere. Da muß nämlich das Landesparlament ausdrücklich bestätigen, daß ein Senator Mitglied im Aufsichtsrat sein muß. Dabei handelt es sich also um den umgekehrten rechtlichen

(Bäumer [DIE GRÜNEN])

Weg, weshalb man das Ding nicht im gleichen Zusammenhang zum Vorwurf machen kann.

Ich will das nicht vertiefen, Herr Tandler, Sie haben es aber mit einem kurzen Schlenker auf die Landesstiftung erwähnt: 17 Prozent Ihrer Tantiemen behalten Sie nach Paragraph 3b des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung selbst. Der Rest muß an die Landesstiftung abgeführt werden.

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Meine Damen und Herren, damit sind --

(Staatsminister Tandler meldet sich zu Wort)

– Herr Kollege Tandler, noch einmal?

(Abg. Dr. Klasen: Der Herr Staatsminister, nicht der Herr Kollege!)

– Der Herr Staatsminister und Kollege Tandler hat das Wort.

Staatsminister Tandler: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Beantwortung der Frage des Herrn Kollegen Bäumer die Stellungnahme der Rechtsabteilung des Finanzministeriums zu diesem Thema:

Für die Zugehörigkeit zu Aufsichtsräten einer GmbH stellen Artikel 57 der Verfassung und Artikel 3a des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung den Grundsatz auf, daß bei solchen Gesellschaften keine Bedenken bestehen, bei denen der überwiegende Einfluß des Staates sichergestellt ist. Dieser Einfluß kann insbesondere durch die Mehrheit am Grundkapital oder durch die rechtlichen oder organisatorischen Verhältnisse gegeben sein. Unter den Begriff „Staat“ fallen nicht nur der Freistaat Bayern, sondern auch der Bund, andere Länder und andere Gebietskörperschaften oder Einrichtungen der mittelbaren Staatsverwaltung. Diese Mehrheit war bis zur Übernahme der unternehmerischen Führung durch die Deutsche Aerospace AG (DASA) bei MBB gegeben. Zusammen mit den Ländern Hamburg, Bremen und der Landesanstalt für Aufbaufinanzierung verfügte der Freistaat Bayern über die Mehrheit der Geschäftsanteile.

Nach dem Eintritt der DASA verfügte der Freistaat Bayern mit 4,91 Prozent zusammen mit den Ländern Hamburg mit 12,74 Prozent, Bremen mit 7 Prozent und der LfA mit 11,93 Prozent zwar nur noch über 36,58 Prozent der Geschäftsanteile an MBB. Daneben aber bestehen weitere staatliche Einflußmöglichkeiten, die als Gründe im Sinne von Artikel 57 der Verfassung und Artikel 3a des Ministergesetzes gelten können. In erster Linie ist hier der Einfluß des Staates als hauptsächlicher Auftraggeber von MBB im Rüstungs- und Raumfahrtsektor zu nennen.

Für mich besteht kein Zweifel, daß auch diese Einflußmöglichkeit den Einflußmöglichkeiten des Staates als Gesellschafter hinzuzurechnen ist. Hamburg ist

zwar am 20. September 1990 als Gesellschafter von MBB ausgeschieden, über seine dafür eingetauschten 7 Prozent Anteile an der Deutschen Aerospace aber weiter mittelbar an MBB beteiligt. Zudem bleiben die Einflußmöglichkeiten des Staates als Auftraggeber bestehen.

Die Notwendigkeit der Vertretung bayerischer Standortinteressen mit entsprechenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt macht unabhängig davon die Mitwirkung Bayerns im Aufsichtsrat von MBB durch politisch einflußreiche Persönlichkeiten nach wie vor unentbehrlich. Es handelt sich hier um einen Fall der Vertretung des Gemeinwohls durch den Staat, die in Artikel 3 Absatz 2 der Verfassung als eine der Grundlagen des Bayerischen Staates festgeschrieben ist. Nach Auffassung der Juristen im Finanzministerium überlagert diese Verfassungsbestimmung den Artikel 57, so daß an der Berechtigung der Zugehörigkeit des Ministerpräsidenten und des Finanzministers zum Aufsichtsrat von MBB auch künftig keine Zweifel bestehen. Jeder kann sich ausmalen, was passieren würde, wenn im Aufsichtsrat von MBB in einer Standortfrage zwischen Bayern und Bremen zu entscheiden wäre und hierbei Bremen durch den Regierenden Bürgermeister, Bayern aber durch einen Beamten vertreten wäre.

Das ist die Stellungnahme der Rechtsabteilung des Finanzministeriums.

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Danke schön, Herr Staatsminister. Liegen zur Aussprache über die Berichte noch weitere Wortmeldungen vor? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen dann zu den **A n t r ä g e n**, die uns vorliegen:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Hiersemann, Straßer und der übrigen Mitglieder der SPD im Zwischen- ausschuß betr. Erhalt des gefährdeten MBB-Standorts Donauwörth in seiner bisherigen Struktur (Z 11/1)

Dringlichkeitsantrag der Abg. Alois Glück, Diethel, Dr. Merkl, Dr. Frank, Dr. Martin Mayer, Regensburger und der Gruppe der Mitglieder der CSU im Zwischen- ausschuß betr. Erhaltung der Arbeitsplätze im MBB-Betrieb Donauwörth (Z 11/2)

Dringlichkeitsantrag der Abg. Bäumer, Memmel, Kamm DIE GRÜNEN betr. Waffenexporte des Rüstungskonzerns Messerschmitt-Bölkow-Blohm in Spannungsbiere (Z 11/3)

Dazu haben sich in der Aussprache gemeldet der Kollege Strehle und der Kollege Müller. Bitte, Herr Kollege Strehle!

Strehle (CSU): Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Der Betriebsrat von MBB Donauwörth hat am vergangenen Montag durch ein Informationsblatt die Befürchtung eines Abbaus von rund 1000 Arbeitsplätzen im Werk Donauwörth zum Ausdruck gebracht und anlässlich eines Besuchs des Herrn Ministerpräsidenten Streibl am vergangenen Montag in Nördlingen eine Petition mit der Aufforderung an die Bayerische Staatsregierung übergeben,

(Strehle [CSU])

die Anteile an MBB nicht zu verkaufen und auch nicht auszutauschen. Nach einem Bericht der Donauwörther Zeitung von heute hat Ministerpräsident Streibl darauf klar und eindeutig wörtlich gesagt: „Ich denke überhaupt nicht daran, die MBB-Anteile der Bayerischen Staatsregierung abzugeben.“ Er hat dazu noch wörtlich erklärt: „Der Freistat hat früher Anteile bei MBB geordert, um Arbeitsplätze zu sichern; warum sollten wir jetzt davon abrücken?“ und ergänzt: „Wir sind in schwierigen Zeiten dazu gestanden, jetzt erst recht!“ und: „Wir lassen uns von niemandem über den Tisch ziehen.“

Ich meine, damit sind klare und eindeutige Aussagen von den politisch Verantwortlichen gemacht worden. Die Geschäftsleitung von MBB hat auch noch am gleichen Tag in einer Presseerklärung klargestellt, daß im Rahmen der Strukturüberlegungen ein Personalabbau von über 1000 Mitarbeitern überhaupt nicht zur Diskussion stehe, daß bei jeder denkbaren Alternative Donauwörth am Airbus-Programm beteiligt werde, und Herr Finanzminister Gerold Tandler hat soeben deutlich gemacht, daß zwar eine Umorganisation der Unternehmensstruktur beabsichtigt sei, aber keine Reduzierung der Arbeitsplätze.

Ich meine, das sind klare und eindeutige Aussagen. Um sie zu unterstützen, haben der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion und die Mitglieder der CSU im Zwischenausschuß folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Der Zwischenausschuß wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinzuwirken, daß bei der betrieblichen Umstrukturierung im MBB-Betrieb Donauwörth für alle Beschäftigten Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Danke schön. Herr Kollege Karl Heinz Müller!

Müller Karl Heinz (SPD): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Die Situation in Donauwörth stellt sich derzeit so vor, daß die 3000 Beschäftigten, die dort tätig sind, aufgrund der bekanntgewordenen Pläne Sorge um ihre Arbeitsplätze haben. Wir meinen, daß es deshalb notwendig ist, daß wir aus diesem Anlaß als Parlamentarier unsere Meinung dazu sagen.

Von den 3000 Arbeitsplätzen zählen 65 Prozent zur Airbus-Fertigung, die bekanntlich, wie die zivilen Güter insgesamt, nach Norddeutschland abgezogen werden soll. Ferner soll der Schienenfertigungsbau, in dem etwa zehn Prozent der Beschäftigten tätig sind, abgebaut werden. Was in Donauwörth verbleibe, wäre nach den derzeit bekannten Plänen die Hubschrauberfertigung. Es soll allerdings – so unsere Information – ein Teil dieser Hubschrauberfertigung an eine Tochtergesellschaft von MBB übergehen, die zu 70 bis 80 Prozent der französischen Aero spatiale gehören wird.

Wir meinen deshalb, daß es aller Anstrengungen bedarf, um den Standort Donauwörth auf Dauer zu sichern. Der Betriebsrat, Sie haben es gerade gehört, fürchtet zwar nur den Abbau von rund 1000 Beschäftigten, aber wenn die Pläne tatsächlich umgesetzt werden, haben wir große Sorge, daß noch weitere Bereiche betroffen werden. Deshalb haben wir einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der die Staatsregierung auffordert, ihren Einfluß als Gesellschafter der Fa. MBB geltend zu machen, daß der Standort in seiner bisherigen Struktur erhalten bleibt und daß so lange einer Umorganisation nicht zugestimmt wird, bis das neue Werkstättenkonzept vorliegt und ausreichend mit den Betroffenen diskutiert ist.

Wir bitten Sie, diesem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen. Ich darf unsererseits sagen, daß wir dem Dringlichkeitsantrag der CSU zustimmen werden.

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Herr Minister Tandler!

Staatsminister Tandler: Herr Müller, könnten wir uns darauf einigen, es wäre im Interesse der Sache begrüßenswert, den ersten Absatz etwas zu ändern? Die Formulierung:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihren Einfluß als Gesellschafter der Firma MBB dahingehend geltend zu machen, den aktuell gefährdeten MBB-Standort Donauwörth in seiner bisherigen Struktur zu erhalten

halte ich nicht für verantwortbar. Aber ich hielte es für vertretbar zu sagen: „dafür zu sorgen, daß die bisherige Zahl der Arbeitsplätze in Donauwörth erhalten bleibt“. Dafür bin ich gern bereit, mich einzusetzen, und dafür haben wir auch die entsprechenden Zusicherungen. Strukturen festzulegen, obwohl wir alle wissen, daß sie auf die Dauer nicht tragen, halte ich nicht für vertretbar.

(Abg. Karl Heinz Müller: Es kommt auf die Qualität der Arbeitsplätze an!)

Es gibt zwei Alternativen, über die ich im Detail in der Öffentlichkeit nicht plaudern möchte. Aber in beiden Fällen würde die Zahl der Arbeitsplätze nicht reduziert. Ich glaube, es wäre nützlich, wenn Sie eine solche Formulierung mittragen könnten. Über die zwei Alternativen soll bis Ende Oktober entschieden werden. Wer sich in solchen Dingen auskennt, weiß, daß nicht ausgeschlossen ist, daß unter Umständen bis dahin sich eine dritte Möglichkeit ergibt, die realisiert werden kann. Das zentrale Anliegen sollte doch sein, nicht Strukturen zu erhalten, die auf die Dauer nicht erhaltbar sind, sondern das zentrale Anliegen sollte sein, daß die Zahl der Arbeitsplätze erhalten bleibt.

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Gemeldet hat sich der Kollege Kamm. Bitte!

Kamm (DIE GRÜNEN): Wir haben bei der Diskussion damals im Landtag um Daimler-Benz und MBB davor gewarnt, daß ein Großkonzern entsteht, der dann seine Rüstungsarbeitsplätze insbesondere im Süden hat. Es tut uns heute weh zu sehen, daß genau diese Befürchtung in Erfüllung geht. Aus unserer, der

(Kamm [DIE GRÜNEN])

GRÜNEN Sicht kommt der zukunftssträchtige Schienenfahrzeugbau durch den Roll-out von ICE aus Donauwörth weg, und es erfolgt dort Zulieferung für den Airbus; die Hubschraubergeschäfte, die im Zusammenhang mit dem Irak vorher im Gespräch waren, laufen nicht mehr. Der Hubschrauberbau ist in Donauwörth deshalb besonders gefährdet, weil die Bundeswehr Gott sei Dank keine Großserie neuer Panzerabwehrhubschrauber II mehr braucht. Wir GRÜNEN werden dafür kämpfen, daß es kein Geld mehr dafür gibt, diese Hubschrauberreihe zu bauen. Deshalb hat Donauwörth diese Probleme. Der zweite Punkt, den wir beklagt haben, war diese Rüstungsmonokultur von MBB.

Über die Anträge selbst bin ich leicht überrascht, aber das ist wohl auf den Wahlkampf zurückzuführen. Herr Strehle fordert in seinem Antrag an die Staatsregierung, daß alle Arbeitsplätze erhalten werden. Ich erinnere daran, als es um Lindbüchl und andere Firmen ging, aber das waren natürlich nur kleine Firmen bzw. Handwerksmeister, daß man gesagt hat, Marktwirtschaft ist Marktwirtschaft, die Staatsregierung gibt keine Arbeitsplatzgarantien. Hier aber sollen plötzlich alle Arbeitsplätze erhalten werden, der Staat soll quasi eine Arbeitsplatzgarantie aussprechen. Ich muß ehrlich sagen, das halte ich für merkwürdig, und das ist genau das Gegenteil von Populismus. Donauwörth hat nach den mir vorliegenden Unterlagen die zweitniedrigste Arbeitslosenquote Deutschlands. Wir können also die Beschäftigten von MBB wie auch die Geschäftsleitung nur auffordern, jetzt die lokal günstige Arbeitsmarktsituation zu nutzen, um neue Beschäftigungsmöglichkeiten in anderen Betrieben zu eröffnen. Ich weiß um das Problem hoch- und einseitig qualifizierter Mitarbeiter, aber es muß die Chance bestehen, auch in andere Bereiche zu gehen. Jetzt zu sagen, alle Arbeitsplätze bei MBB zu erhalten, finde ich eine überraschende Formulierung, die die Staatsregierung sicherlich nur in Zeiten des Wahlkampfes macht.

Ich selbst werde deshalb dem Antrag der CSU nicht zustimmen.

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Herr Kollege Müller hat das Wort. Bitte schön!

Müller Karl Heinz (SPD): Herr Vorsitzender, Herr Staatsminister! Unser Problem besteht darin, daß Donauwörth einen hohen Anteil an Facharbeitern hat, nämlich 67 Prozent, und 27 Prozent Hochschulabsolventen. Da genügt es nicht einfach zu beschließen, Arbeitsplätze irgendwelcher Art zur Verfügung zu stellen. Uns wäre am liebsten, wenn Sie sagen könnten, daß die Bayerische Staatsregierung so lange nicht zustimmt, so lange die Airbus-Produktion nicht in Donauwörth bleibt. Aber das werden Sie nicht wollen. Wir sind aber einverstanden, wenn umformuliert wird: „... MBB-Standort Donauwörth bezüglich der Zahl und Qualität der Arbeitsplätze zu erhalten“.

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Meine Damen und Herren! Es zeichnet sich ab, wenn ich die Debatte richtig aufgefaßt habe, daß beide Anträge konsensfähig sind

und gebilligt werden können. Der SPD-Antrag würde mit der Änderung wie folgt lauten:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihren Einfluß als Gesellschafter der Firma MBB dahingehend geltend zu machen, den aktuell gefährdeten MBB-Standort Donauwörth bezüglich der Zahl und Qualität der Arbeitsplätze zu erhalten ...

Im übrigen wurde Zustimmung zum Antrag der SPD signalisiert, wie auch zum CSU-Antrag von seiten der SPD Zustimmung angekündigt wurde.

Ich lasse über den Antrag der SPD abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist der Antrag bei drei Stimmenthaltungen einstimmig angenommen.

(CSU: Zwei Enthaltungen, Frau Memmel ist nicht stimmberechtigt! – Frau Memmel: Ich stimme für Frau Bause!)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Über die Sitze der GRÜNEN könnte man seine Anmerkungen machen, aber ich habe mir das verkniffen.

Ich lasse über den CSU-Antrag abstimmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist der Antrag bei drei Enthaltungen einstimmig angenommen.

Damit sind die beiden Anträge zur Abstimmung gebracht und gebilligt. In beiden Anträgen muß es in der Einleitung heißen: „Der Zwischenausschuß wolle beschließen“.

Dann haben wir noch über eine Entschließung, die von der Fraktion der GRÜNEN als Dringlichkeitsantrag eingebracht worden ist, zu beraten. Dazu hat sich der Kollege Alois Glück gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Glück Alois (CSU): Meine Damen und Herren! Wenn der Ältestenrat noch in Funktion wäre, würde ich Unterbrechung der Sitzung beantragen, weil ich es nicht für zulässig halte, daß ein Antrag voller Unterstellungen und Diffamierungen überhaupt zur Abstimmung gestellt wird. Nachdem die Auseinandersetzung darüber aber nicht ausgetragen werden kann, weil wir derzeit keinen Ältestenrat haben, muß per Abstimmung entschieden werden. Aber ich möchte noch einmal sagen, die Entschließung ist für mich Ausdruck einer ehrabschneiderischen Diffamierungskampagne.

(Beifall bei der CSU)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Danke schön, Herr Kollege Alois Glück. Möchte noch jemand zu diesem Antrag das Wort ergreifen? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über den Ihnen vorliegenden Dringlichkeitsantrag ab. Wer ist dafür? – Die Fraktion DIE GRÜNEN und Teile der Fraktion der SPD. – Wer ist dagegen? – Die Fraktion der CSU. Wer enthält sich der Stimme? – Einige Stimmenthaltungen aus den Reihen der SPD. Der Antrag ist abgelehnt.

(Glück Alois [CSU])

Meine Damen und Herren! Weitere Aufgaben hat der
Zwischenausschuß nicht zu erfüllen. Ich möchte mich
bei Ihnen dafür bedanken, daß Sie da waren. Ich freue

mich, daß die Emotionen doch nicht so groß waren,
daß die Sitzung ernsthaft gestört gewesen wäre.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 14 Uhr 16 Minuten)

